

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Morgens um 10 Uhr in den Expeditionen, Preis 10 Pfennig, durch die Post und durch Botenpost zu beziehen. Preis vierteljährlich 3 Mk., 6 Mo. 5 Mk., 1 Jahr 10 Mk. Postgebühren 20 Pf.

Volksmacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher: Herr Dr. med. et phil. Hermann Schulz, Postfach 10, Wismar. Redaktion: Herr Dr. med. et phil. Hermann Schulz, Postfach 10, Wismar.

Telephon Nr. 1208.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1208.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 133.

Donnerstag, den 9. Juni 1904.

15. Jahrgang.

Trotz bitterer Wahrheiten,

die der von uns in seinen Umrisen bereits besprochene Bericht des Breslauer Gewerberates einzelnen Unternehmern sagt, zeigt er im übrigen doch das Bestreben, die „Errungenschaften“ auf sozialem und hygienischem Gebiete möglichst rosa zu färben und alle Verstöße gegen Verordnungen und Gesetze nur als Ausnahmen zu verzeichnen. Aber, wenn man auch das der Öffentlichkeit unterbreitete Material unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, so bleiben der „Ausnahmen“ doch eine erhebliche Anzahl und zum Schluss muß man doch die Folgerung ziehen, daß trotz aller Verordnungen und wohlgemeinter gesetzlicher Bestimmungen die Unternehmer doch machen, was sie für vernünftig halten.

Durch die dem Aufsichtsbezirk Breslau angehörenden Inspektionen wurden insgesamt 4206 Revisionen vorgenommen, darunter 46 in der Nacht und 212 an Sonn- und Feiertagen. 2515 Anlagen wurden einmal revidiert, 495 Betriebe wurden einer zweimaligen und 197 drei- oder mehrmaligen Revision unterzogen.

Die Gesamtzahl der Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen betrug 4056. Von diesen beschäftigten 1471 Arbeiterinnen über 16 Jahre, und 1494 hatten jugendliche Arbeiter in Beschäftigung. Es ist ein stattliches Heer von Arbeitern, das in diesen Anlagen tätig ist, nämlich nicht weniger als 120,835. In dieser Zahl einbegriffen sind 95 Kinder unter 14 Jahren und 8834 jugendliche Arbeiter (unter 16 Jahre alt) beiderlei Geschlechts. Verhältnismäßig groß ist die Zahl der Arbeiterinnen, die in den Fabriken fronden müssen: 82,297!

Beachtet sei, daß diese Zahlen nicht einschließen die bergmännischen Betriebe. Nach dem Bericht des Oberbergamts Breslau wurden — wie wir hier einschalten wollen — in Schlessien 160 Bergwerksbetriebe gezählt mit insgesamt 126,722 Arbeitern (darunter 7918 weibliche erwachsene und 3528 jugendliche Arbeiter).

Was die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter betrifft, so muß der Bericht des Gewerberates feststellen, daß das Jahr 1903 keine Verminderung gebracht hat. In einer besonderen Tabelle des Berichtes weist der Aufsichtsbeamte nach, daß im ganzen 378 Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen zum Schutze jugendlicher Arbeiter ermittelt worden sind, die große Zahl der nicht ermittelten kann natürlich nicht angegeben werden. Interessant aber und besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß von den 378 Zuwiderhandlungen nur — sage und schreibe — 9 zur Bestrafung herangezogen worden sind. Und wie waren diese „Strafen“? Zweimal je 30, einmal 50 Mk. — sonst blieben sie unter 20 Mark!

Die einzelnen Angaben über die Beschäftigung der jungen Leute verdienen ein besonderes Interesse. So wird unter anderem mitgeteilt, daß in einer Schulfabrik jugendliche Arbeiter die Solenstanzmaschine bedienen, allerdings mit so wenig Aufmerksamkeit, daß eine Reihe von schweren Fingerverletzungen zu verzeichnen

waren, trotzdem genügende Schutzvorrichtungen vorhanden gewesen sind. „Erst infolge energischer Eingreifens der Aufsichtsbeamten wurden die jungen Leute durch erwachsene Arbeiter ersetzt.“ Bezeichnend ist auch, daß der bereits im ersten Artikel erwähnte Glashüttenbesitzer, der zugleich Amtsvorsteher ist, die Genehmigung zur Beschäftigung von Kindern am Schmelzofen nachsuchte, die ihm glücklicherweise versagt wurde. Der Bericht verzeichnet die Beurteilung des Direktors und eines Aufsichters einer Papierfabrik im Kreise Waldenburg, welche einen erst 15 Jahre alten Arbeiter mit Einlegen in eine Pappentrockenmaschine beschäftigt hatten, wobei ihm die Hand so gequetscht und verbrannt wurde, daß „eine dauernde erhebliche Beeinträchtigung seiner Arbeitsfähigkeit eintrat“. Die erkannte Strafe für diesen Mißbrauch jugendlicher Arbeitskräfte betrug — 50 Mark!

„Eine unliebsame Wahrnehmung“ nennt der Bericht die Tatsache, daß eine Anzahl Unternehmer sich ihren Verpflichtungen gegen männliche jugendliche Arbeiter dadurch entziehen haben, daß sie junge Mädchen unter 16 Jahren an deren Stellen setzten. Während die männlichen jungen Leute nämlich mancherorts, vor allem in Breslau, genötigt werden, in die Fortbildungsschule zu gehen, besteht diese Verpflichtung für die Mädchen nicht. Und da die Unterrichtszeit in Breslau vernünftigerweise in die Nachmittagsstunden verlegt wurde, während welcher der Lehrling oder der jugendliche Arbeiter in normalen Zeiten noch nicht völlig ermüdet ist, so fühlen sich die Herren in ihrer „Selbstbestimmung“ über „ihre“ Arbeiter beschränkt und engagieren Mädchen. Ein neuer Beweis, wie notwendig die obligatorische Fortbildungsschule auch für diese ist. — Durch den Fortbildungsschulbesuch ihrer Lehrlinge haben verschiedene Bäckermeister, besonders im Inspektionsbezirk Dels, sich veranlaßt gesehen, die Unterrichtszeit von der durch Bundesratsverordnung vorgeschriebenen unterbrochenen Ruhezeit abzugeben. Der Gewerberat schließt dies Kapitel mit den resignierten Worten: „Ein befriedigender Ausweg aus all diesen Konflikten hat noch nicht gefunden werden können.“

Was die gesetzlich beschränkte Beschäftigung von erwachsenen Arbeiterinnen betrifft, so hat eine Zunahme der Zahl gegenüber dem Vorjahre stattgefunden. Bekanntlich dürfen Arbeiterinnen gewöhnlich nicht länger als 11 Stunden täglich beschäftigt werden, doch wurden wiederholt Gesuche um Bewilligung von Ueberstunden für Arbeiterinnen an die Aufsichtsbehörde gerichtet. Wenn ein Teil dieser Gesuche auch abgewiesen wurde, so bleibt doch die keineswegs erfreuliche Tatsache bestehen, daß 33 Betrieben in 53 Fällen die Genehmigung erteilt wurde, an Wochentagen (außer Sonnabend) über die gesetzliche Höchstarbeitszeit von 11 Stunden hinaus die Arbeiterinnen zu beschäftigen. Betroffen waren hiervon 2475 Arbeiterinnen, die insgesamt 40,893 genehmigte Ueberstunden zu verrichten hatten. Außerdem kamen noch

einige Sonnabendstunden hinzu. Wenn man sich diese Zahlen vergegenwärtigt, wird man über das große Maß von Ausbeutungsberechtigungen staunen, welches dem Unternehmer gegenüber den Arbeitskräften noch zusteht. Daran ändern auch die wenigen Straffälle nichts, die gegen einige Unternehmer anhängig gemacht wurden. Daß ein Ziegeleibesitzer im Landkreis Breslau, der „trotz erfolgter Verwarnung“ im „Wiederholungsfall“ die gesetzliche Arbeitszeit für Frauen überschritten hatte, 300 Mark zuktüffert erhielt, ist für ihn gewiß sehr lehrreich, der Fall steht aber so vereinzelt, daß durch ihn eine genügende Achtung vor den gesetzlichen Bestimmungen bei dem Unternehmertum kaum erzielt werden dürfte.

„Zur Verbesserung der Einrichtungen zur Aufrechterhaltung des Anstandes und der guten Sitten hat es namentlich im Aufsichtsbezirk Dels wiederholt der energischen Anregung der Unternehmer durch den Gewerbeinspektor bedurft.“

Bezüglich der erwachsenen männlichen Arbeiter besteht ja leider ein gesetzlicher Maximalarbeitszeit, außer für einige wenige Berufe, für die er in gänzlich unzulänglichem Maße durch Bundesrats-Verordnung eingeführt ist. Da sind vor allem die Bäcker, die Gastwirtschaftsgehilfen und eine bestimmte Gruppe der Steinarbeiter zu nennen, denen ihre tägliche Arbeitszeit zwar vorgeschrieben ist, sie aber selten richtig gewährt wird. Es konnte indessen bei der großen Zahl der kleinen Betriebe (der Bäckereien und Gastwirtschaften) die Aufsicht keine besonders scharfe sein und der Bericht klagt denn auch:

„Die Revisionen der Bäckereien und Gastwirtschaften, die bei der zur Verfügung stehenden Zahl von Aufsichtsbeamten leider nicht in dem wünschenswerten Umfang vorgenommen werden können, haben meist wiederum das unerfreuliche Resultat gehabt, daß den in diesen Betrieben beschäftigten Personen die vorgeschriebenen Ruhezeiten nicht gewährt wurden. In den Aufsichtsbezirken Reichensbach und Dels wurden sogar Bäckereien getroffen, in denen die Bundesrats-Verordnung noch unbekannt (!) war.“

Dieses Eingeständnis der mangelnden Aufsichtskraft ist uns so wertvoller, als man andererseits durch Geld- und Gefängnisstrafen den Arbeitern es unmöglich zu machen sucht, einen Teil der Kontrolle selbst auszuüben. In wie vielen Breslauer Bäckereien zum Beispiel mag die betreffende Verordnung wohl bekannt sein, aber nicht befolgt werden? Das festzustellen, hatten einige organisierte Bäckergehilfen unternommen. Der Hausfriedensbruchparagraf brachte ihnen Gefängnisstrafen ein, die Meister aber, die nach des Gewerbeinspektors Eingeständnis die Verordnung dreist übertreten, erhalten schlimmsten Falles eine kleine Geldstrafe! — In einigen Steinbrüchen sind die Beschränkungen teilweise durch die Errungenschaften der organisierten Arbeiterchaft in Bezug auf die Arbeitszeit überholt worden.

Mein Onkel Benjamin.

Sozialroman von Claude Lillier. Deutsch von D. Denhardt.

50] „Bei Chaume-des-Fretiaux! Auf Ehrenwort, ein Gerichtsbote könnte es nicht besser angeben. Mein Chaume-des-Fretiaux liegt eine gute Stunde von Clamecy entfernt. Ich, der ich keinen Schweisfuchs besitze, habe nicht die Zeit, einen so weiten Weg zu machen, um mich zu schlagen. Sollte sich Ihr Freund gnädigst nach Croix-des-Michelins begeben, so würde ich die Ehre haben, ihn dort zu erwarten.“

„Und wo liegt dieses Croix-des-Michelins?“ „Auf dem Wege nach Corvol, auf der Höhe der Vorstadt Wendon. Ihr Freund müßte sehr pessimistisch sein, wenn ihm dieser Ort nicht zu sagen sollte; von ihm aus überschaut er ein wahrhaft majestätisches Panorama; vor sich erhebt er die Berge bei Sembert mit ihren terrassenförmigen Weinbergen und hoch oben auf ihnen den Fracer Wald. In einer anderen Zeit würde der Wald noch schöner sein; aber ich vermag nicht mit einem Hauche den Frühling wieder ins Leben zu rufen. Am Frühe befehlen drängt sich die Stadt mit ihren laufend in die Höhe steigenden Rauchwolken zwischen die beiden Klüfte zusammen und klettert wie ein Mensch, den man verfolge, die steilen Abhänge des Croix-Vincou hinauf.“

Wenn Ihr Freund einiges Talent zum Malen besitzt, so kann er sein Altum mit dieser Aussicht bereichern. Zwischen diesen hohen Wäldern, die mit ihrem dunklen Moos wie karminfarbige Sammetstücke ausstehen, erhebt sich der Turm der Saint-Martinskirche, mit Spigen und feineren Hierarchen reich geschmückt. Schon dieser Turm an sich kann sich mit einer Kathedrale messen. Neben ihm dehnt sich die alte Basilika aus, deren Strebepfeiler sich rechts und links mit bewunderungswürdiger Kühnheit erheben. Ihr Freund wird sich nicht erwehren können, sie mit einer riesigen Spinne zu vergleichen, die in ihrem Gewebe ruht. Gegen Süden hin dehnen sich wie ein Zug dunkler Wolken die bläulichen Berge bei Morvand aus, die...

„Genug des Scherzes, wenn ich bitten darf; ich bin nicht hier, um mir von Ihnen die Paterna Magica zeigen zu lassen. Morgen also bei Croix-des-Michelins.“ „Morgen! ... Noch einen Augenblick; das Geschäft ist nicht so eilig, daß es sich nicht aufheben läßt. Morgen gehe ich nach Dorney, um ein Faß alten Weines zu kaufen, welches Page zu kaufen beabsichtigt; sowohl in Bezug auf die Qualität als auf den Preis verhält er sich ganz auf mich, und Sie sehen selbst ein, daß ich um der schönen Augen Ihres Freundes willen nicht gegen die Pflichten, die mir die Freundschaft auferlegt, verstoßen darf. Uebermorgen frühstücke ich in der Stadt, anschließend darauf ich nicht

nach einem Frühstück zum Duell gehen; den Donnerstag gabte ich einem Wasserkrüger das Wasser ab; da Ihr Freund mich verstimmt hat, so würde es mir später nicht mehr möglich sein, die Operation vorzunehmen, und der Doktor Arnout würde sie schlecht machen; den Freitag... er, das ist ein recht geeigneter Tag zu vergleichen; ich glaube, an diesem Tage nichts zu tun zu haben und sehr nichts, was mich hinbergt, Ihrem Freunde zu Gebote zu stehen.“

„Ich will auf Ihr Verlangen eingehen; übrigens werden Sie mir die Gefälligkeit erweisen, einen Sekundanten mitzubringen, damit ich der langweiligen Rolle eines bloßen Zuschauers überhoben bin.“

„Weshalb nicht? Ich weiß, daß Sie und Herr von Pont-Casse ein Freundeopfer ausmachen; es würde mir leid tun, so gleichgestimmte Seele zu trennen. Ich werde meinen Barbier mitnehmen, wenn er Zeit hat und es tunlich ist.“

„Unerschämter!“ rief der Musikant wütend. „Dieser Barbier“, sagte mein Onkel, „ist kein zu verachtender Mann; er hat einen Schläger, der lang genug ist, um vier Musikantene damit zu speißen; wenn Sie mir übrigens den Vorzug geben, so werde ich gern seine Stelle einnehmen.“

„Ich nehme Sie beim Worte“, bemerkte der Musikant und entfernte sich. „Sobald mein Onkel aufgestanden war, holte er sich Nachgessichts Lintensaft. Er begann in seinem schärfsten Stille und in seiner hübschesten Form eine prächtige Epistel an Herrn Minzit aufzusetzen, in der er ihm auseinanderlegte, weshalb er nicht sein Schwiegersohn werden könnte. Mein Großvater, der den Vorzug hatte, ihn zu lesen, versicherte mich, daß er einen Buchhändler hätte zu Tränen bringen können. Wenn es damals noch kein Ausdruckszeichen gegeben hätte, so würde es mein Onkel sicherlich erfahren haben.“

Raum befand sich der Brief eine Viertelstunde auf der Post, als Herr Minzit in Person bei meiner Großmutter in Begleitung des Sergeanten anlangte, welcher letztere zwei Frühstücke, zwei Stöpsel und seinen ehrwürdigen Pudel bei sich hatte. Benjamin frühstückte gerade mit Nachgessichts einen Oering und trank Chouloter Weißwein dazu.

„Guten Sie willkommen, Herr Minzit“, rief Benjamin; „wollen Sie vielleicht ein Stückchen von diesem Seeffische gulangen?“ „Bist! Gähst Du mich für einen Schmeckel?“ „Und Sie, Sergeant?“ „Ich habe, seitdem mir die Ehre zu teil geworden ist, in der Musik dienen zu dürfen, verglichenen Genüssen entlagt.“ „Aber was würde Ihr Pudel zu diesem Kopfe sagen?“ „Ich danke in seinem Namen; allein ich glaube, daß er keine Vorliebe für diesen Seeffisch hat.“ „Mit einem blau gefochten Seeffisch kann es der Spring allerdings nicht aufnehmen.“

„Und ebensowenig mit Karpen, namentlich wenn er in Durgunder-Wein gedämpft ist“, unterbrach ihn Herr Minzit. „Eine Baiser“, bemerkte Benjamin, „ohne Zweifel, Sie könnten auch noch ein von Ihrer eigenen Hand bereitetes Baiserquart dazu rechnen, aber der Spring bleibt doch immer etwas Vortreffliches, wenn man nichts anderes hat. — Da fällt mir ein, daß ich vor einer Viertelstunde einen Brief an Sie auf die Post gegeben habe, Sie haben ihn wahrscheinlich noch nicht erhalten, Herr Minzit?“

„Nein“, versetzte Herr Minzit, „aber ich komme, um die Antwort darauf zu bringen. Du schaust, Arabella liebe dich nicht und du willst sie deshalb nicht heiraten!“

„Herr Rathery hat recht“, schaltete der Sergeant ein. „Ich hatte einen Zeitgenossen, der mich nicht liebte, und dem ich rechtlich das Gleiche erwies. Unser Haushalt war eine wahre Strafe. Wollte ich in Dorney der Eine Nader in der Suppe, so tat der Andere Nothdürftigen hinein. Verlangte ich in der Routine Litz, so bestellte er Wacholder. Wir stritten uns um den besten Platz für einen jeden Schein. Denken Sie sich, daß wir uns eines Tages im Mondschweine geschlagen haben, weil er recht schlafen wollte, während ich verlangte, er sollte links schlafen. Um ihn nur loszuwerden, mußte ich ihn ins Kazarett schicken.“

„Sie haben sehr recht getan, Herr Sergeant“, versetzte mein Onkel; „sobald die Sergeanten hienieden nicht zu leben verstehen, schickt man sie nach einer anderen Welt in die Ewigkeit.“

„In dem, was der Sergeant gesagt hat, liegt noch manch anderes Gute“, erklärte Herr Minzit. „Geliebt werden ist mehr als reich sein, denn es heißt glücklich sein; auch mißbillige ich, mein lieber Benjamin, Deine Bedenken keineswegs. Alles, was ich von Dir verlange, ist, daß du fortfährst, nach wie vor nach Corvol zu kommen. Weil du nicht mein Schwiegersohn werden willst, ist doch noch kein Grund vorhanden, daß du aushörst, mein Freund zu sein. Du wirst nicht mehr genötigt sein, den Liebhaber zu spielen, Wasser zu holen, um ihre Blumen zu begießen und über die Handtrauen, die sie mit sich, sowie über die Unüberwindlichkeit ihrer Schamkäse außer Dir zu geraten. Wir werden frühstücken, wir werden essen, wir werden philosophieren und werden lachen. Das ist ein Zeitvertrieb, der ebenso viel wert ist als ein anderer. Du liebst die Kräfteln, ich werde mein ganzes Geschäftsjahr mit ihrem Wohlgeruch durchduften lassen. Du hast eine Vorliebe für Volnoverwein, eine Vorliebe, die ich übrigens nicht teile, aber ich werde davon stets in meinem Hause“, versetzte er, „auf die Jagd zu gehen, so werde ich die eine doppeltläufige Klinte und ein Paar Windhunde kaufen. Es dauert nicht drei Monate, und Arabella ist ihres Gelammes überdrüssig geworden und liebt dich selbst. Nimmst du an oder nimmst du nicht an? Antworte ja oder nein; Du weißt, daß ich Präseugellengel nicht leiden kann.“

(Fortsetzung folgt.)

Aber konnige Arbeitsordnungen" weiß der Bericht ebenfalls manches mitzuteilen. Indessen würde es zu weit führen, wenn wir hier die mehr als merkwürdigen Bestimmungen, die meistens auf eine Entrechtung der Arbeiter hinauslaufen, wiedergeben wollten. Daß die Fabrikanten, die eine solche Arbeitsordnung entwerfen, häufig im Stillen eben so unbeholfen sind, wie in der Anwendung der Arbeiterschuttsvorschriften, beweisen die im Bericht angegebenen Proben.

Die Zahl der Betriebsunfälle hat sich um 282 gegen das Vorjahr vermehrt und betrug 1903 6324. Von diesen hatten 40 den Tod, 308 eine über 13 Wochen dauernde Erkrankung zur Folge. Der Bericht betont, daß von allen Unfällen nur die Hälfte sich in Fabriken und Werksstätten der Industrie ereignete, die übrigen sich auf das Bauwesen und die Expedition verteilten. Von den tödlichen Unfällen ereigneten sich nur 9 in der Industrie.

Dem Gesundheitszustand in den einzelnen Industriezweigen widmet der Bericht besondere Aufmerksamkeit. Es wird über mehrere Fälle von Klei-Erkrankungen, Miltzbrand etc. Mitteilung gemacht. Zum Teil waren die Räume der Anlagen durchaus unzulänglich und es bedurfte teilweise sogar gerichtlicher Bestrafung, um die Unternehmer zu einer Aenderung zu veranlassen.

Kontraktbruchgesetz.

Man hätte erwarten können, daß das preußische Abgeordnetenhaus, das am Mittwoch die Regierungsvorlage betr. die Erleichterung des Kontraktbruches landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes zu beraten hatte, gestülzte Ränke, lebhafteste Diskussionen und heftige Zusammenstöße zwischen Freund und Feind des Gesetzes haben würde. — Nichts davon war der Fall. Während der ganzen Sitzung waren wohl nie mehr als hundert Abgeordnete im Saal und die Diskussion zeigte keinerlei scharf hervorstechende Höhepunkte.

Für die Konservativen trat der Abg. Runge, der als Erster aufgerufen wurde, aber die Sache nicht einmal für wichtig genug gehalten hatte, sich pünktlich einzufinden, für die Freikonservativen der Abg. Klein für die sofortige Beseitigung der zweiten Lesung im Plenum und möglichst rasche Annahme des Gesetzes ein.

Demgegenüber vertrat der freisinnige Abgeordnete Wolff-Villa von der Vereinigung und Goldschmidt von der Volkspartei die entschiedene Opposition. Abg. Wolff kritisierte besonders die einzelnen Bestimmungen in ihrer übertriebenen Ausdehnung, ihrer Unbestimmtheit und zeitlichen Unbegrenztheit. Er wies auf die Gefahren hin, die dem Rest von Koalitionsfreiheit, den wir in Deutschland noch haben, aus dieser Vorlage drohen.

Dem Redner trat in einer besonders wohlüberlegten und für seine Verhältnisse ungewöhnlich gut stillierten Rede der Landwirtschaftsminister v. Bobielski entgegen. Er suchte die Bedeutung der Vorlage nach allen Richtungen hin abzuwägen, behauptete, sie solle nur die ausländischen Saisonarbeiter treffen und suchte mit Hilfe einer merkwürdigen Theorie über die Reservarmee die Notwendigkeit eines gesetzlichen Einschreitens insbesondere gegen das Treiben der Agenten darzulegen. Auf die Selbsthilfe der Landwirte hat er kein Vertrauen. Er meinte, daß der Zwang der momentanen Verhältnisse oft stärker sei, als des Anstandesgefühl. — Herr v. Bobielski wird ja seine Standesgenossen kennen. — Indem er das Gesetz als besonders zahn und milde empfahl, schloß er unter dem lebhaftesten Beifall der Rechts.

Abg. Goldschmidt, der ihm erwiderte, legte den Hauptnachdruck auf den unauflösbaren Widerspruch, in dem diese Vorlage mit der Reichsgesetzgebung steht. Er wies ein halbes Duzend Paragraphen der Gewerbeordnung nach, die im strikten Widerspruch mit dem Kontraktbruchgesetz stehen und nach dem alten Rechtsstand, daß Reichsrecht über Landesrecht geht, ihre Einbringung hätten unmöglich machen müssen. Er zeigte, daß das Staatsministerium immer und immer wieder in den 70 er, 80 er, 90 er Jahren diesen Standpunkt in Reden, Denkschriften und Beschlüssen vertreten habe und wies zwingend nach, daß dieses Gesetz den Landwirten nur Schaden könne dadurch, daß es die Industriearbeiter in die Städte treibe, daß es auf der anderen Seite den entscheidenden einstimmigen Widerspruch aller deutschen Arbeiter gefunden habe, die ihm nicht minder entschieden gegenübertraten wie einstmals dem Zuchtstrafgesetz. Vor allem aber apostrophierte er das Zentrum, das durch seine Zustimmung zu einem derartigen Gesetz seine ganzen sozialpolitischen Axiome verleugnen, als bloße Spiegelfechterei dastehen werde.

Die Abwehr des Justizministers Schönstedt war überaus schwach. Die früheren Beschlüsse der Regierung gab er vor, nicht zu kennen oder mindestens nicht zu wissen, in welchem Zusammenhang sie ständen. Er meinte, die Gewerbeordnung sei doch nicht die Verfassung, insofern ein Verstoß gegen sie keinen Verfassungsbruch bedeute, der Justizminister scheint also zu glauben, daß alles Reichsrecht außer der Verfassung verlegt werden dürfe. Schließlich hat er Himmelhoch, die Vorlage, deren jetzige Fassung auch ihm gänzlich unannehmbar scheint, doch in einer Kommission gründlich durchzuprüfen. Dabei hat er die Vorlage in der Form eingebracht.

Für das Zentrum trat Herr Gerold weit weniger warm für das Gesetz ein, als dies bei der Resolution geschehen war, für seine Einbringung forderte. Mit Recht entgegnete Herr Goldschmidt, daß man bei diesen ewigen Wandlungen nicht wissen könne, wofür schließlich das Zentrum stimmen werde.

Der nationalliberale Abgeordnete Glagel stellte sich allen wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs sehr freundlich gegenüber und zeigte seinen Liberalismus dadurch, daß er gegen die gemäß nicht scharfen Ausführungen des Abg. Goldschmidt polemisierte.

Erst gegen Schluß fing die Debatte an, etwas erregt zu werden, weil Herr v. Bedlitz sich den schönen Zwischenruf „Dummes Gerede!“ in Bezug auf die Ausführungen des Abg. Goldschmidt geleistet hatte. Aber auch so schloß die Sitzung ungewöhnlich früh, schon gegen 3 Uhr. Bismarck hat

das Dreiklassenparlament auch nötig, sich längere Zeit mit der Frage der Koalition der ländlichen Arbeiter aufzuhalten? Eine Kommission von 14 Mitgliedern soll die Frage zur zweiten Lesung vorbereiten. — Donnerstag bleibt für die Ranalkommission frei, Freitag sollen kleinere Vorlagen beraten werden.

Japan und Rußland.

Wenn man den eingelaufenen Nachrichten glauben darf, so rückt die Hauptmacht des russischen Heeres vor, um Port Arthur zu entsetzen. Ruropatkin selbst wird die Operationen leiten; er hat sich, wie aus Petersburg gemeldet wird, mit seinem Stabe nach einem Punkte zwischen Hailshän und Tschitschao begeben. Als stärkster Beweis dafür, daß es tatsächlich ernst ist mit der Expedition zur Rettung Port Arthurs, wird weiterhin die Meldung angesehen, daß den fremden Militärattachés, die bisher in Kiaotang ein beschauliches Dasein erzwungener Muse geführt hatten, gestattet wurde, sich nach dem Süden zu begeben. Der „Standard“ wirft freilich die Frage auf, ob diese Maßregel nicht geschehen sei, um den bevorstehenden Rückzug nach Chabin zu verschleiern, und die „Daily News“ behauptet, der Marschbefehl sei an Ruropatkin noch nicht erlassen, der sich vielmehr bemühe, die Unzuverlässigkeit des Entsatzversuches dem Kaiser darzulegen. Indessen melden und behaupten die englischen Blätter da mehr, als sie wissen können und so muß es dabei bleiben, daß nach den heutigen Nachrichten die größere Wahrscheinlichkeit für den Vormarsch spricht. Die Wahrscheinlichkeit — von Gewissheit wird man erst reden können, wenn amtliche Nachrichten vorliegen oder die Vorgänge erst dem Kriegsschauplatz sichere Schlüsse zulassen. Wie das Reutersche Bureau meldet, haben übrigens die Japaner bereits ihre Gegenmaßnahmen ergriffen. An der Ostküste der Halbinsel Kiaotang lande noch eine japanische Armee, um dem russischen Vormarsch von Tschitschao gegen die Nachhut des Generals Du entgegenzutreten.

Vor Port Arthur

Von der großen Land- und Seeschlacht in der Nähe von Port Arthur ist nicht mehr die Rede, dagegen scheint folgende Meldung die kühnen Kombinationen der Berichtserstatter auf ihren eigentlichen Wert zurückzuführen:

Vier Kanonenboote unternahmen in der Mitternacht am Montag eine sehr genaue Rekonnoissance bei Port Arthur zwecks Untersuchung der Einfahrt. Sie waren einer scharfen Beschießung ausgesetzt, wobei das Kanonenboot „Nr. 4“ acht Mal getroffen wurde und einige Kanonen erlitt. Ein Matrose wurde getötet und 2 verwundet.

Der Kampf um die Forts von Port Arthur hat nach einer amtlichen Meldung aus Tokio bereits am 4. Juni begonnen. Die Japaner rechnen darauf, binnen 14 Tagen die Forts in ihre Gewalt gebracht zu haben, um alsdann von diesen Punkten aus ein vernichtendes Feuer gegen die Festung selbst eröffnen zu können. Sind die Forts gefallen, so würde die Festung auch ohne eine Erstürmung binnen 14 Tagen zur Übergabe gezwungen werden. — So schnell dürfte es kaum gehen.

Die 5. und 11. Division stehen nordöstlich von Port Adams zur Deckung der Bewegungen aus auf Port Arthur. Letzterer ist jederzeit in der Lage, die auf der Kwantung-Halbinsel befindlichen japanischen fünf Divisionen gegen die von Ruropatkin zu einem Entsatz von Port Arthur heranzuführenden Kräfte zu vereinigen und doch die Belagerung von Port Arthur aufrecht zu erhalten, da weitere Belagerungstruppen mit starker, schwerer Belagerungs-Artillerie schon bei Dalny gelandet sind, zunächst wohl verchanzt vor Port Arthur in Stellungen gebracht werden, sodas sie jeden Ausbruch der russischen Verteidigungstruppen verhindern können.

Eine neue Schlacht.

Am 3. Juni fand bei Wafangon ein weiteres heißes, von 1 Uhr Mittags bis zum Eintritt der Dunkelheit dauerndes Gefecht statt, nach welchem die Japaner mit Verlust von 60 Toten und 100 Verwundeten Nacht zurückgingen. Auf russischer Seite kämpften vier Bataillone, 4 Eskadren und Artillerie unter General Stamschouow. Sie drängten die Japaner aus dem Dorfe hinaus, worauf die russische Artillerie den Kampf mit der Gebirgsposition des Feindes begann. Für die Russen war der mit Verlust von 17 Mann erreichte Zweck des Gefechts die Feststellung der Stärke des Gegners, der übrigens weitere Truppen heranzieht.

Kleinere Nachrichten.

Flottenhilfe bei Kintchan. Ein Telegramm des Admirals Alexejew vom 7. Juni meldet: Die Kontradmiral Witthoeff berichtet, wurde der russische rechte Flügel im Kampfe bei Kintchan außer von dem Kanonenboot „Dobr“ noch von den Torpedobooten „Bumy“ und „Polk“ wirksam unterstützt. Die Schiffe kehrten darauf nach Port Arthur zurück. Am 26. Mai in der Nacht wurden 10 Torpedobooten ausgesandt, wovon eins anflief und sank. Die Mannschaft wurde gerettet.

Zwei russische Kanonenboote. Das Panzerkanonenboot „Gremiasski“ und das Kanonenboot „Saidamal“, sind der „Post-Telegramm“ zufolge nach einem bisher anderweitig noch nicht bestätigten Berichte des Admirals Logo am 4. Juni außerhalb des Hafens von Port Arthur auf Minen gestoßen und in die Luft gesprengt worden. Die über den angeblichen Untergang des Schlachtschiffes „Schishima“ verbreiteten Gerüchte erweisen jeglicher Begründung.

Die Wiederbesetzung von Kintschwan. Soll auf Verlangen des Admirals Alexejew erfolgt sein, welcher das in Kintschwan verbliebene Material gänzlich verbrannt, um es abtödtlich von Russen zu verwenden.

Der Gerücht, daß Rußland die Passage für einige Kriegsschiffe der Schwarzmeerflotte durch die Straße der Darbanelen verlangt habe, ist unbegründet.

Der erkrankte Berichterstatter. Die Londoner Blätter berichten, wurde der Korrespondent des „Daily Telegraph“, Cyril, auf Befehl eines Mandarinen gelistet. — Warum?

Polnische Aufreise sollen die Japaner nach einem polnischen Blatt in der Mandschurien beabsichtigen. In den in der Reichsdruckerei in Tokio gedruckten Aufträgen würden die Soldaten aufgefordert, die russischen Reichen zu verlassen und ins japanische Heer überzutreten, um gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen. Ferner werde den polnischen Soldaten die Gewährung jeglichen Soldes versprochen. Die Nachricht scheint wenig glaubhaft zu sein.

Die spanischen Handelsreisenden. Unter den chinesischen Handelsreisenden der Mandschurien macht sich nach in Tokio eingelaufenen Berichten eine wachsende Unruhe bemerkbar. Sie verurteilen das für die Mandschurien bestimmte Vertragsmaterial, wo es ihnen in die Hände fällt, und gestärkten große Vorzäte in der Nähe von Chün, der ersten Station der Mandschurien-

dahn. Auf russischer Seite ist man bezweifelnd über die unter den chinesischen Truppen an der Grenze herrschende Erregung. Man befürchtet, daß die chinesischen Kommandanten die Gewalt über ihre Leute verlieren werden.

Politischer Überblick.

Die Wahlen in Gotha. Die Wahlmännerwahlen zum gothaischen Landtag hatten das Ergebnis, daß voraussichtlich der neue Landtag sich zusammensetzt aus: sechs Sozialdemokraten und zwölf bürgerlichen Abgeordneten. In einem Wahlkreis (Friedrichroda) findet Stichwahl statt. Die Sozialdemokraten verlieren drei Mandate.

In Rorbura hat die Sozialdemokratie einen Wahlkreis an die Freisinnigen verloren.

In der Stadt Gotha wurden 3 Bürgerpartei und 1 Sozialdemokrat gewählt. Bezirk 5 Ohrdruff und Bezirk 7 Gotha Land wurden von der Bürgerpartei gewonnen. Bezirk 12, Friedrichroda, ist Stichwahl erforderlich. Ihre Mandate behaupteten die Sozialdemokraten im 6. und 9. Bezirk. Neu gewonnen die Sozialdemokraten den 11. Bezirk.

Die Wahlbeteiligung betrug 90 Prozent.

Reichstags-Dispositionen. Der Seniorenkonvent des Reichstages hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Präsidenten über die Geschäftslage beraten.

Der Präsident berichtete darüber, unter welcher Voraussetzung die Regierung in die Vertagung des Reichstages willigen werde.

Vor der Vertagung müßten jedenfalls das Kleblaus- und das Müllergesetz, sowie das Gesetz, betreffend die Kaufmannsgerichte und die Güter, betreffend die Kreditbanken, erledigt werden.

Genau müßte der Nachtragsetat für Südwestsafrika, falls derselbe, was jedoch unwahrscheinlich ist, noch in den nächsten Tagen eingebracht wird, verabschiedet werden.

Die Aufarbeitung dieser Vorlagen, denen sich vielleicht noch einige Wahlprüfungen und Petitionsberichte anschließen, wird vermutlich Ende nächster Woche beendet sein. Dann würde der Reichstag bis Mitte November vertagt werden. Aus dem Material der laufenden Session bleiben dann zur Vertagung im Herbst übrig, die Gerolds-, Reichstempel-, Totalisator-, Briefen- und Reichsgerichts-Entlassungsgesetze, die sich zur Zeit im Stadium der Kommissionsberatung befinden.

Außerdem bleibt die Beratung der vielen sozialpolitischen Resolutionen und zahlreicher Petitionsberichte zc. vorbehalten, so daß der Reichstag unter den zu erwartenden Regierungsvorlagen im Herbst ein reiches Arbeitsmaterial vorfinden wird.

Ostelbisches Elavenlos. Man plant bekanntlich in Preußen eine weitere Entrechtung der Landarbeiter. Daß es die höchste Zeit ist, „den armen Agramern gegen die unbotsmäßigen Landarbeiter zu helfen“, beweist nach den vielen Fällen, die wir hierüber schon veröffentlicht haben, wieder einmal folgendes Vorkommnis aus dem dunkelsten Ostpreußen.

Auf einem Gute in der Nähe von Memel lebte ein 17jähriges Mädchen. Gegen Ende Mai 1903 wurde sie krank und der Arzt verordnete ihr Medizin; auch sollte sie ein paar Tage im Bett bleiben und dann wieder zum Arzt kommen. Schon daß sie im Bett blieb, gefiel der Herrschaft nicht. Als sie jedoch nach 8 Tagen wieder zu dem 1/2 Meilen entfernt wohnenden Arzt gehen wollte, wurde ihr die Erlaubnis dazu verweigert. Der Besitzer erklärte, sie sei bloß faul und pflegte die Krankheit vor, um den Dienst verlassen zu können, und die gnädige Frau teilte der Kranken mit: Wenn sie nicht aufstehe und arbeite, so werde man ihr weniger Essen und auf ihre Kosten eine Auswärtigerin annehmen. So verhielt sich das Mädchen denn am 25. Mai zu arbeiten, war aber dann nicht imstande.

Als sie nun von neuem um Erlaubnis bat, zum Arzt gehen zu dürfen, wurde sie vom Besitzer gräßlich mißhandelt. Auch ließ er ihr die Bettdecke wegnehmen. Aus Angst vor weiteren Mißhandlungen verließ nun das Mädchen Nachts um 3 Uhr nur notdürftig bekleidet — denn ihre Sachen hatte der „gnädige“ Herr an sich genommen — den Dienst und ging zu ihrer 1/2 Meile entfernten wohnenden Mutter. Diese holte einen andern Arzt, welcher starken Darmkatarrh event. ein typhöses Leiden feststellte. Die Krankheit ist bis heute nicht geheilt.

Das hinderte nicht, daß am 23. Juli die bekannte Verfügung des Amtsvorstehers eintraf mit der Aufforderung, bei Vermeidung von 10 Mark Strafe oder 3 Tagen Haft den Dienst wieder anzutreten. „Selbst wenn Sie krank sein sollten“, so heißt es in der Verfügung, „dürfen Sie sich nicht weigern, das Dienstverhältnis wieder aufzunehmen, da sich der Besitzer bereit erklärt hat, Ihnen eine ärztliche Behandlung in angemessener Weise guttun zu lassen.“ Was er für eine ärztliche Behandlung „in angemessener Weise“ ansieht, hatte der Besitzer ja bereits gezeigt.

Das Mädchen lehnte nicht in den Dienst zurück und erhob Widerspruch gegen die Verfügung. Sonderbarer Weise wurde die Strafe nicht vollstreckt — ein äußerst seltener Fall in Preußen. Vermutlich hatte man sich überzeugt, daß eine so kranke Person nicht ins Gefängnis gesteckt werden könne. Des Mädchens Zustand verschlimmerte sich fortwährend, da die Mutter nicht in der Lage war, eine ständige ärztliche Behandlung zu bezahlen. Es dauerte jedoch bis zum 15. Februar 1904, bis vom Landrat der Bescheid kam, daß sie krankheitshalber nicht in den Dienst zurückzuführen brauche.

So weit wäre der Fall zwar schlimm, aber nicht außergewöhnlich. Man kommt aber noch ein Nachspiel. Der Besitzer war dem Mädchen Lohn schuldig geblieben und hatte ihre Sachen einbehalten, sogar die Inventarlistenkarte und das Dienstbuch, so daß sie, selbst wenn sie gesund gewesen wäre, gar keinen anderen Dienst hätte antreten können. Darum mußte sie ihn erst verklagen. Der Prozeß verursachte der armen Mutter eine lange Reihe von Schereereien, denn durch seinen Rechtsanwalt ließ der Besitzer immer neue Einwände vorbringen. Erst am 11. Januar 1904, nachdem drei Termine stattgefunden hatten, wurde der Besitzer zur Zahlung der 16 Mark und zur Herausgabe der Sachen verurteilt. Welcher Arbeiter, welcher Dienstbote kann so lange Prozesse führen! Nun bleiben aber noch die Kurkosten.

Die preussische Gefindeordnung beruht bekanntlich auf dem „väterlichen“ Grundsatze, daß der Dienstherr in die Familie der Herrschaft eintrete und sich deshalb die entlohen Beschuldungen seiner persönlichen Freiheit gefallen lassen müsse; dafür soll er angeblich auch die Vorteile der „väterlichen“ Nacht genießen. Dahin gehört die Verpflichtung im Fall der Krankheit. Den kranken Dienstherrn ist die Herrschaft bis zur Wiederherstellung zu pflegen verpflichtet, wenn er sich die Krankheit im Dienst zugezogen hat und auch sonst, sofern er keine Verwandten in der Nähe hat, die zu seiner Unterhaltung vermögend und verpflichtet sind. Das trat hier zweifellos zu. Denn erstens ist ein Dienstmädchen bekanntlich immer im Dienst, kann sich also eine Krankheit nicht gut außerhalb des Dienstes zuziehen, und zweitens ist die Mutter nicht vermögend genug, am Arzt und Apotheker zu bezahlen. Sie verlangte also Erstattung der Kurkosten vom Besitzer und wurde von ihm in echt „väterlicher“ Weise — als begewiesen. Als sie nun aber beim Amtsgericht um Gewährung des Armenrechts nachsuchte, um den Besitzer zu verklagen, wurde ihr dieses verweigert, weil der Prozeß ansichtslos erscheine. Das Mädchen habe sich die Krankheit offenbar weder durch den Dienst noch bei Gelegenheit des Dienstes zugezogen, mithin sei der Besitzer zur Erstattung der Kurkosten nicht verpflichtet!

Damit ist die Sache erledigt. Das Mädchen, das noch vor Jahresfrist gesund und blühend war, liegt schon seit vielen Monaten zu Bett und geht einer schmerzhaften Auf-

lösung entgegen, weil ärztliche Hilfe aus Mangel an Geld nicht beschafft werden kann. Sie und ihre Umgebung können nun darüber nachdenken, wie gut doch durch das von der Gefinbeordnung vorgeschriebene „väterliche Verhältnis“ für den Diensthofen und den ländlichen Arbeiter geforgt ist.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch zunächst die zweite Lesung der Novelle zum Münzgesetz. Dabei wurde der Kampf um den Zehner eifrig fortgesetzt. Dann wurde mit der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes wegen der Kaufmannsgerichte begonnen. Unsere Fraktion hat sich auf wenige prinzipielle Anträge beschränkt. Der wichtigste mit lag zu § 1 vor und enthielt die Forderung auf obligatorische Einführung der Kaufmannsgerichte. Diese Forderung wurde von den Herren Lipinski und Singer mit guten Gründen verteidigt, aber nur die Antisemiten schlossen sich uns in Rücksicht auf die Wünsche des Deutschen Handlungsgesellenverbandes an. Als prinzipieller Gegner der Kaufmannsgerichte wagte sich nur der hamburgische Abgeordnete Dr. Semler hervor.

Der Senatorenkonvent des Abgeordnetenhauses war unter Vorsitz des Grafen Kumburg-Stürum zusammengetreten, um die Geschäftslage des Hauses zu beraten. Auf allen Seiten bekämpfte man sich mit der Idee, die Landtags-Session zu vertagen. Nach längerer Erörterung neigte man der Ansicht zu, die Vertagung der Session Anfang Juli und den Wiederantritt des Landtags für Anfang Oktober zu beschließen. In diesem Sinne sollten die Fraktionen um ihre Meinung befragt werden. Alsdann wird der Senatorenkonvent am Freitag zur endgültigen Entscheidung nochmals zusammengetreten.

Die Trübsalnehmer. Nachstehende 24 Reichstagsabgeordnete haben Wallins Nordlandreise-Freikarten dankend in Empfang genommen: Bahn (natl.), Beck (Reutr.), Dr. Becker (Reutr.), Demmer (natl.), v. Damm (h. l. Fr.), v. Grabski (Vole), Dr. Hermes (frei), Volksp., Hofang (natl.), Herr (natl.), K. S. K. (natl.), Krumpholtz (Vole), Müller-Waldbach (Reutr.), Pauli (Reichsb.), Riff (Reutr.), Reinhold (Vole), Schmidt (Reutr.), Schmidt (Reutr.), Schmidt (Reutr.), Schwabe (Reutr.), Sillert (Reutr.), Siedel (natl.), Stadmann (Reichsb.), Stora (D. Volksp.), Wallendorf (Reutr.), Wellstein (Reutr.).

Fast sämtliche Teilnehmer sind finanziell so glänzend gestellt, daß für sie die Kosten einer Nordlandreise gar nicht in Betracht kommen könnten. Müllers-Waldbach zum Beispiel ist ein vielfacher Millionär. Die Herren sind aber offenbar so gut bürgerlich gesinnt, daß sie es mit ihrem Krämerngewissen nicht vereinbaren können, sich die Freikarte entziehen zu lassen. Es scheint ihnen eben besser, wenn's nichts kostet.

In der Wandelhalle des Reichstages ist ein großes Wandgemälde des Malers Wallenberg aufgestellt; sein Vorwurf ist eine Willo-Wede im Reichstage. Graf Willo wohnt an seinem gewohnten Orte, neben ihm sitzt Graf Posadowski, hinter beiden steht der frühere Reichschatzkammerdirektor Freiherr v. Tscherning; die Bundesbevollmächtigten Grafen Hohenhausen und Vehrensen sind näher an ihn herangekehrt und nehmen den Platz an der Nebentreppe ein. Etwa 40 Abgeordnete sind unter dem Präsidium des Grafen Ballestrem deutlich erkennbar versammelt, abgesehen von den nur angebeuteten — meist wohl fehlenden. Reizig sind u. a. getroffen die Abg. Fring, Schürich-Carolath, Webel, Auer, Richter, Büsing, Vassermann, Dr. Spahn, Dr. v. Pechow, Fries, Bismarck, v. Kardoff, Camp, Dr. v. Frege. Das Bild ist dem Reichstage zum Kauf angeboten worden.

Offene und verdeckte Wahlrechtsfeinde. Der Gesamtverband sächsischer Industrieller billigte in einer in Dresden abgehaltenen Sitzung den Beitritt des Verbandes zu der am 17. Mai begründeten Vereinigung der Arbeitgeberverbände und beschloß gleichzeitig, die Vereinigung und den Vorsitzenden des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zu ersuchen, die Statuten abzugeben, daß die Vereinigung der vom Abgeordneten Mend betriebenen Agitation gegen das Reichstagswahlrecht fernhalte und jede Behauptung dieser Frage durch den zu ersuchenden Arbeitgeberverband nicht zu den Ablehnen werde. — In geheimen wird man desto eifriger wählen.

Ausland.

In einem Stall gesperrt wurde der bekannte tschechische Radikale Frei in den Villen von Sozialdemokraten nach einer Versammlung. Zwei Stunden blieb er gefangen. Auf seine Anweisung wurde ein Teilnehmer an der Versammlung verhaftet, der sich wegen Einschränkung der persönlichen Freiheit zu verantworten haben wird. — Wahrscheinlich war das Vergehen des Herrn Frei ein solches, daß er an obigen Ort gehörte.

In der französischen Kammer wird zur Zeit das neue Militärgesetz verhandelt, das bereits eine Kommissionsberatung hinter sich hat. Der Entwurf sieht eine gesetzliche zweijährige Dienstzeit und die obligatorische Dienstpflicht für alle vor. Der sozialistische Deputierte Vallant unterbreitete ein Gegenprojekt, in welchem die Auflösung des stehenden Heeres und die Schaffung einer Miliz nach schweizerischem Muster gefordert wird. Vallant verteidigte seine Anträge mit großem Geschick; er forderte die Befreiung der Reservierung der Soldaten, an Stelle der kostspieligen Armee habe die Erziehung aller Bürger zur Wehrhaftigkeit zu dem einzigen Zweck der Verteidigung des Vaterlandes zu treten. Mit 506 gegen 68 Stimmen wurde Vallants Entwurf abgelehnt. Ein anderer Gegenentwurf ist von dem bonapartistischen Abgeordneten Cuneo d'Ornano eingebracht. Derselbe bezweckt nichts Geringeres, als die Schaffung einer Armee von Victorianern durch langjährige Dienstzeiten, Anwerbung von Freiwilligen, Prämienzahlungen usw. Die Anträge dieses jacobinischen Phantasten haben ebenso wenig Aussicht auf Erfolg und dürfte es wohl zur Annahme des Kommissionsentwurfes kommen.

Aus Marokko. Die „Times“ meldet aus Tanger unter dem 7. Juni: Bewaffnete Mauren vom Stamme Anjera drangen in das Haus eines Engländers und bedrohten die Frau desselben mit der Pistole, bis sie ihnen zwei Gewehre ihres abwesenden Mannes auslieferete. Der Vorfall ereignete sich am hellen Tage. Der englische Konsul verlangte die sofortige Verhaftung der Schuldigen. Die marokkanischen Behörden ärgern, weil der Konsul auf dem Ueberfall eine einflussreiche Persönlichkeit des Anjerastammes ist.

Ein Massacre in Neu-Guinea. Der „Blauen Zeitung“ aus glaubwürdiger Quelle aus Britisch-Neu-Guinea zugehende Meldungen belagen, daß es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Weißen und Schwarzen gekommen sei, als ein englischer Dampfer in Südbritisch-Neu-Guinea anlegte, um von den Eingeborenen die Auslieferung mehrerer Schwarzen zu verlangen, die an der vor längerer Zeit verübten Ermordung des Missionars Chalmer beteiligt waren. Die Eingeborenen hatten um Gnade und teilten mit, daß sie die Mörder deshalb bereits streng bestraft hätten. Zudem weigten die Täter nicht mehr unter ihnen. Als mehrere 100 Schwarze dem Regierungsvertreter in Booten folgten, eröffnete die Schiffbesatzung auf die unbewaffneten Eingeborenen ein derartiges Feuer, daß nicht ein einziger die Rüste wieder erreichte. Die Regierung hat über diese Massenschlägerei eingehende Untersuchungen angeordnet.

Partei-Angelegenheiten.

Genosse Schippel hat den vierten seiner Zollpolitik-Artikel in der Chemnitzer Volksstimme veröffentlicht und ist damit über die Einleitung hinausgekommen. Er sagt in dem Artikel, daß der Schutz Zoll unter bestimmten Voraussetzungen eine eminent fortschrittliche, vorwärts treibende Kraft im Wirtschaftsleben der Völker bedeute und meint darauf, die Arbeiter können häufig in die Lage, diese Politik zu unterstützen oder gar selbständig zu fordern. Zum Schluß bringt Schippel bereits eine seiner Entscheidungen, deren er sich nun zuwenden will, er sagt:

„Der Handelsvertrag wird, muß unter allen Umständen auch abgeschlossen werden — unter besonderen Umständen auch Agrar-Verträge.“

In der Hauptsache läßt die Argumentation im folgenden Artikel darauf hinaus, daß der prinzipielle Handelsvertrag keine Rolle im eigenen Lande zuläßt und deshalb für Handelsverträge gar keine Gegenleistungen zu bieten hätte.

Spanische Justiz. Wir berichteten vor einiger Zeit, daß unser Genosse Manuel Diaz von dem Provinzial-Gerichtshof zu Oviedo wegen Verhöhnung der katholischen Religion zu der furchtbaren Strafe von 3 Jahren, 6 Monaten und 21 Tagen Zuchthaus, 200 Peleias Geldstrafe und in die Kosten verurteilt wurde. Gegen dieses, an die Inquisition des Mittelalters erinnernde Urteil legte Diaz Berufung ein. Derselbe ist jedoch vom obersten Gerichtshof verworfen worden und das Urteil somit rechtskräftig geworden. Dieses drakonische Urteil wegen einer, sonst in Spanien durchaus erlaubten Kritik der Religion hat einen Entschluß herbeigeführt, nicht nur im sozialistischen Lager, sondern auch bei allen wahrhaft fortschrittlich gesinnten Leuten hervorgerufen. Sie alle protestieren energisch gegen dieses Urteil. Sicherlich wird dasselbe dazu beitragen, in dem besprochenen Prozeß die Ueberzeugung zu befestigen, daß die herrschenden von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffenen Gesetze die schreiendsten Ungerechtigkeiten in sich schließen.

Die Interessenten des Landes sollte der Redakteur des „Heimlich Schindens“, eines sozialistischen Blattes in Japan durch die Veröffentlichung eines Artikels, der sich auf den Krieg bezog, verurteilt haben. Er wurde deswegen vom Gerichtshof zu Tokio zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt und seine Zeitung wurde unterdrückt. Jetzt ist es dem betreffenden Genossen gelungen, vor der zweiten Instanz ein weniger hartes Urteil zu erlangen; seine Strafe wurde hier auf 2 Monate herabgesetzt und was das Wichtigste, das Erscheinungsverbot seiner Zeitung wurde aufgehoben.

Arbeiterbewegung.

Die Zimmerer in Chemnitz haben in einer am 1. d. M. abgehaltenen Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, in den Streik einzutreten, da die Unternehmer die Vermittlungsvorschläge der Lohnkommission und weitere Verhandlungen abgelehnt haben.

Rum Lohnkampf im Königsberger Bauernwerke. In Königsberg am 2. d. M. abends um 8 Uhr strömten in die Stadt die in der Provinz italienischen Maurer wurden von einer Menschenmenge angegriffen, sind jedoch ohne Schaden davon gekommen. Nur einige hiesige Arbeitswillige erhielten bei dem Unmuth Schläge. Die Schutzeleute gingen mit blanker Waffe vor, acht Verhaftungen wurden vorgenommen. Streikende Maurer sind an der Schlägerei nicht beteiligt gewesen. Die andern lautenden Anzeigen bürgerlicher Blätter beruhen auf Phantasien.

Wegen Kränkung Arbeitswilliger ist in Schwelm eine Frau vom Gericht verurteilt worden. Bei dem jüngst beendeten Maurerstreik soll sie auf der Straße, als sie sah, wie ein Trupp Arbeitswilliger von Schulgelehrten und Unternehmern zur Arbeit gezwungen wurde, gekifft haben: „Hi, welche Schande!“ Das trieb ihr eine Anklage wegen Verurteilung ein. Vor Gericht erklärte sie, daß sie den erwähnten Vorwurf gemacht habe, weil es ihr als unehrenhaft für Arbeiter vorkomme, wenn sie sich von Schulgelehrten und Arbeitgebern wie kleine Kinder zur Arbeit und zurück führen lassen. Sie erhielt 8 Tage Gefängnis.

Der Streik hat außerdem noch zu verschiedenen anderen Prozessen wegen Verletzung des § 104 der Gewerbeordnung geführt. Drei Maurer, Bengel, Helm und Hempel, wurden dieser Tage geschloffen dem Richter zur Beurteilung vorgeführt. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie sich eines Nachmittags Arbeitswilligen auf dem Trottoir in den Weg gestellt und sie durch die Zumutung, die Arbeit einzustellen, belästigt haben sollten. Die zahlreich anwesenden Zeugen konnten kein einziges beleidigendes Wort anführen; trotzdem wurden die drei Angeklagten zu je zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 9. Juni 1904.

* Geheimratwitwe Heimann und die Scheitniger Straßenbahn. Die hierauf bezügliche gestern von uns besprochene Magistratsvorlage bildete den Gegenstand einer Versammlung, welche die „Freie Vereinigung Scheitnig“ für Interessenten einberufen hatte. Herr Dr. Alexander beleuchtete die Angelegenheit in einem kurzen sachlichen Referat. Vollig zutreffend führte er aus, daß durch den zwischen der Stadt und der „Geheimrätin“ Heimann abzuschließenden Vertrag lediglich die Privatinteressen der letzteren gefördert werden und wegen dem „Nussebedürfnis“ einer einzigen Person die ganze Sandvorstadt auf Jahre hinaus eine Störung in ihrer Entwicklung erleiden sollte. Solche „Opfer“, wie sie die Geheimrätin angeblich bringt, würden von jedem anderen mit dem größten Vergnügen gebracht werden. Für den Streifen Land zum Ausbau der Sternstraße erhält sie die fertige, von elektrischer Bahn durchzogene Straße durch ihren Grundbesitz geführt, wodurch ihre angrenzenden Baugrundstücke eine kolossale Wertsteigerung erfahren. Ebenso sei es auch ein Vorteil für sie, resp. für ihr Nussebedürfnis, daß die Straßenbahn von der Fürstenstraße nach der Sternstraße verlegt werde insofern, als dann die dicht an der Fürstenstraße gelegene Villa eine ruhigere Lage einnimmt. Dagegen erwacht der Stadt unermesslicher Schaden, indem der Bau der städtischen Bahnlinie von der Obauer Vorstadt direkt nach Scheitnig, welche über die zu erbauende Kaiserbrücke und durch die projektierte Kaiserstraße geführt werden soll, auf Jahre hinaus verzögert wird und somit die sicher zu erwartenden jährlichen Ueberschüsse dieser Linie, die einem dringenden Bedürfnisse entspricht, für die Stadt fortfallen.

In dem Vertrage sei indes auch kein Wort darüber enthalten, daß Frau Heimann nach dem Jahre 1910 keine Einwendungen gegen die Durchführung der Kaiserstraße erheben würde, vielmehr sei auch dann noch die Stadt von dem Machtspruch der Geheimrätin oder deren Erben abhängig und ein Expropriationsverfahren würde der Stadt bei den ständig wachsenden Grundstückspreisen in jener Gegend sehr teuer werden. Herr Doktor Alexander hatte diese Gesichtspunkte in eine Resolution an die Stadtverordneten zusammengefaßt, die er den Anwesenden zur Zustimmung empfahl. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die verehrliche Stadtverordnetenversammlung bittet wie ergebend, bei dem Antrage des Magistrats betreffend Verlegung der alten elektrischen Bahn von der Fürstenstraße nach der Sternstraße auf Grund eines hierbei mit der verstorbenen Frau Geheimrat Heimann vereinbarten Vertrages in Erwägung ziehen zu wollen, daß

1. der Vertrag mit Frau Heimann Privatinteressen fördert und, was eine vermeintliche Störung der Ruhe in der Sommervilla einer einzelnen Person zu vermeiden, die Störung der Entwicklung eines ganzen Stadttheiles auf Jahre hinaus konträrallisch festlegt;

2. der Magistrat selbst nicht umhin kann, die der Frau Heimann

zu machenden Kapitalgewinne als für die weitere freie Entwicklung der Sandvorstadt bedenklich zu erklären;

3. die „Opfer“, die Frau Heimann bringt, gar keine Opfer sind, und wohl von jedem mit Vergnügen gebracht werden, der, wie im diesem Falle Frau Heimann, auf solche Weise als Gegenleistung seitens der Stadt eine fertige, von einer elektrischen Bahn durchzogene Straße und somit eine kolossale Wertsteigerung der eigenen daran liegenden Baugründe erzielt;

4. die Stadt materiellen Schaden erleidet, da der Plan der im Gegensatz zu bisherigen städtischen Plänen voraussichtlich sehr ertragreichen Strecke der städtischen Bahn über die Kaiserbrücke und Kaiserstraße durch den Bau der Sternstraße mit Frau Heimann wiederum auf Jahre hinaus verzögert wird und somit die zu erwartenden jährlichen Ueberschüsse dieser Linie für die Stadt fortfallen;

5. in dem Vertrage keinerlei Erklärung der Frau Heimann vorhanden ist, die der Stadt die Möglichkeit bietet, später nach Erfüllung des für die Stadt Breslau so unangünstigen Vertrages, das ist im Jahre 1910, die Kaiserstraße durchzuführen, sondern sie auch dann auf den Machtspruch der Frau Heimann oder der Heimannschen Erben angewiesen ist.

Wir bitten deshalb für den Fall der Annahme dieses Vertrages eine bindende Erklärung der Frau Paula Heimann über ihr diesbezügliches Verhalten nach 1910 nochmals anstreben zu wollen.

Die Diskussionsrechner teilten indes den energischen Proteststandpunkt des Herrn Dr. Alexander nur zu einem geringen Teil. Die schärferen Stellen wurden aus der Resolution ausgemerzt und wird dieselbe gedruckt an die einzelnen Stadtverordneten gegeben werden, so daß einer der Herren Stadtväter möglicherweise auf die Sache näher eingehen kann.

* Gestörte Freude. Im ostpreussischen Königsberg befinden sich die Maurer im Aufstande. Der Obermeister der dortigen Innung fuhr nach Wien und engagierte eine Anzahl der dort ausgesperrten Maurer nach Königsberg. Selbstverständlich wurde den österreichischen Kollegen nicht gesagt, daß sie als Streikbrecher fungieren sollten, sonst hätten diese den Sendling des Unternehmervirus wohl böse ablaufen lassen. So aber hatten eine Anzahl zugesagt, zu kommen und telegraphisch war ihnen auch noch von dem Unternehmer versprochen worden, daß bei ihrem Eintreffen in Breslau sie die Fahrkosten Wien—Breslau vergütet erhielten. Am Montag traf ein Trupp Wiener organisierter Maurer in Breslau ein. Es waren ihrer acht, darunter ein Bolter. Am Dienstag früh sollte der sie erwartende Maurermeister Vorbe aus Königsberg eintreffen, um sie „in Empfang“ zu nehmen. Die Wiener hatten also Zeit und begaben sich am Montag, nachdem sie ihre Sachen untergebracht hatten, zunächst ins Gewerkschaftshaus, um im Maurerbureau sich nach dem Stand der Königsberger Dinge zu erkundigen. Als sie erfuhren, daß dort Streik sei, bemächtigte sich ihrer ob solcher Naschführung gerade nicht das angenehmste Gefühl. Am anderen Morgen fanden sie sich prompt ein, um Herrn Vorbe aus Königsberg zu begrüßen. Zunächst erinnerten sie ihn an sein telegraphisches Versprechen, die Fahrkosten zu erstatten. Herr Vorbe kam dem — wie wir anerkennen müssen — auch prompt nach, indem er 104 Mark bar erlegte. Daraufhin erklärten aber die Wiener, daß sie darauf verzichten müßten, Herrn Vorbe nach Königsberg zu begleiten, da in arge Weise verschwiegen worden sei, zu welchen Zwecken sie benutzt werden sollten. Herr Vorbe war einigermaßen verärgert, während sich die Oesterreicher wieder nach dem Gewerkschaftshause begaben. Dort saßen sie mit einigen deutschen Kollegen friedlich zusammen, als Herr Vorbe plötzlich in Begleitung eines Schutzmanns erschien und sie aufforderte, entweder das Geld zurückzugeben oder die Reise nach Königsberg anzutreten. Da sie sich dessen weigerten, erschien bald der Herr Bezirkskommissarius, der die sämtlichen 8 Mann auf das Bureau lud und dort nach telephonischer Verständigung mit dem Polizei-Präsidium ein preussisches Verhör mit den österreichischen Gästen anstellte, wobei er ihnen die Wahl ließ zwischen Mißfahren, Geld herauszahlen oder eingesperrt werden! Die Oesterreicher waren schlauer, als die Herren dachten. Sie erklärten sich nummehr zur Mißfahrt nach Königsberg bereit. Unter einem Schutzmannsaufgebot von wohl 10 Mann wurden die „Wiener“ nach ihrem Nachtquartier und von dort zur Bahn geleitet, wo Herr Vorbe für sie die Willeits nach Königsberg löste, diese aber bei sich behielt. In den Zug stiegen unbemerkt auch einige Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Maurer mit ein und als der Zug auf Station Oswig anlangte, stiegen die sämtlichen Maurer aus und Herr Vorbe fuhr mit seinen 9 Willeits nach Königsberg weiter! Am Mittwoch früh waren unsere braven Wiener wieder in ihrer Heimat, der Herr Vorbe aber wird wohl wieder in Königsberg sein!

* Bratislava, Baugenossenschaft für Arbeiterwohnungen. Unter dieser Firma hat sich in Breslau eine Genossenschaft m. b. H. gegründet, welche sich Erwerb und Bau von Wohnhäusern zwecks Schaffung geräumiger und gesunder Wohnungen für Arbeiter zu billigem Mietszins zur Aufgabe macht. Raummangel verbietet uns, für heute des näheren auf die sehr lobenswerten Bestrebungen der Genossenschaft einzugehen, zu der bereits eine Anzahl sozialpolitisch tätiger Personen gehören, auch Arbeiter, deren Namen unseren Lesern bestens bekannt sind. Wir werden aber nicht unterlassen, demnächst auf Statut und Zweck der Genossenschaft eingehend zurückzukommen.

* Die Waspette ist von den Zentralverbänden der Maurer und der Bauarbeiter über den Bau des Unternehmers Bürger, Ecke Augusta- und Yorkstraße, verhängt worden. Als Grund wird außer der Beschäftigung eines Unorganisierten die Beschimpfung des Verbandes durch den Bolter Kirisch angegeben. Die organisierten Arbeiter werden auf die Sperre hieburch aufmerksam gemacht.

* Arbeitslosigkeit in Sagan. Es wird berichtet: Die Vertramische Glaceleberberei hat ihre sämtlichen Gerber und Arbeiter wegen Mangel an Beschäftigung entlassen müssen. Selbst die Lehrlinge haben nichts zu tun. Da dies in dem Etablisement in diesem Jahre schon die zweite Unterbrechung der Arbeit ist, erhalten die Gerber, die gemeist Mitglieder des Verbandes der Leberarbeiter sind, keine Arbeitslosen-Unterstützung mehr (?), so daß die diesmahlige Arbeitslosigkeit bei weitem schlimmer wird und Not in die Familien bringen muß, falls sie länger Zeit dauern.

* Der frühere konserverfabrik Landtags-Abgeordneter Gornig, der von 1893 bis 1903 im Abgeordnetenhaus den Wahlkreis Gagnan-Goldberg-Regnitz vertreten hat, ist im Alter von 49 Jahren gestorben.

Wasser. Ein Klempner stürzte in einem Hause auf der Vorwerkstraße aus dem zweiten Stockwerk und brach das rechte Bein. Ein Kuttermann erlitt durch einen Auffall auf einen launigen Witz des rechten Armes. Einem Bäckerlehrling fiel ein Brett auf die linke Hand, an welcher ein Finger gerammt wurde. Einem Straßensänger wurde auf dem Oberleiblichen Rücken ein Schienbein gebrochen. Einem Arbeiter wurde auf dem Oberleiblichen Rücken ein Schienbein gebrochen. Einem Arbeiter wurde auf dem Oberleiblichen Rücken ein Schienbein gebrochen.

Explosion. Am 7. d. M. Vormittags ging ein Verhänger in einem Keller des Hauses Victoriastraße 86, um Spiritus abzufüllen. Hierbei zündete er ein Streichholz an, von welchem ein Funken absprang und den ausgetretenen Spiritus entzündete. Auch verbrannten Körbe und Stühle. Die Feuerwehre war 20 Minuten tätig.

Polizeiliche Verhaftungen. In das Polizeigefängnis wurden am 7. d. M. 26 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden eine goldene Damenuhr, ein schwarzer Vrempel, ein Trauring, ein Paar Sandalen, eine Metalluhr, eine silberne Remontuhr, ein Perlenhalsband und ein Damenschirm. — Abhandelt kamen eine Hundsternmarke, eine Anzahl Ansichtskarten von Venedig, eine leberne Tasse mit Büchern und Schriftstücken, ein Pincenez, eine silberne Perlenuhr mit doppeltem Goldrand und eine braune Fingerringtasche. — Am 4. d. M. ist Steinstraße 79 eine rötliche Brieftasche aufgefallen. Ein Verhänger ist ges. IV. G. R. 03 X. 507.

Schweidnitz, 8. Juni. Wassermangel. Die Folgen des Regenmangels sind in vielfacher Hinsicht bereits wahrnehmbar. Auf leichten Ackerland ist die Entwicklung des Getreides in bedauerlicher Weise. Das Wachstum der Wiesengräser schreitet kaum noch fort. Der Mangel an Grünmutter wird sehr empfindlich. Der reiche Ernte verheißende Fruchtansatz des Kornobstes fällt massenhaft ab. Zahlreiche Brunnen sind versiegt. Die Inhaber von Gemüsegärten haben kaum noch Wasser genug, um das Absterben der Anpflanzungen verhindern zu können. Trotz bedeutenden Rückganges des Barometers ist noch kein Wetterumschlag eingetreten.

Hatibor, 7. Juni. Verhaftung eines gefährlichen Kinderfreundes. In den letzten Wochen wurden hier wiederholt Schulmädchen von einem Manne unter allerhand Verprechungen angelockt, der mit den Kindern ein verwerfliches Spiel trieb. Namentlich auf der Gartenstraße und im Stadtmarkt trieb der Mann sein Unwesen. Jetzt ist es der Polizei gelungen, den Mann in der Person des 30jährigen Schneiders Karl Köhler aus Mania zu verhaften. Der Verhaftete, der ein Geständnis ablegte, wurde dem Gericht überliefert.

Abail, 8. Juni. Sturz aus dem zweiten Stockwerk. Ein Vorfall tieferschütternder Tragik spielte sich am Sonntag früh gegen 1/7 Uhr in Abail in dem Gurdhyschen Hause. Gleichzeitige Nr. 1, ab. Nach einem vorausgegangen heftigen Streit stürzte sich plötzlich die dreißig Jahre alte Ehefrau des Schornsteinfegergehilfen M. aus dem 2. Stockwerk herab in den zweiten Stock gelegenen Wohnung auf den gepflasterten Hof, wo sie schwer verletzt liegen blieb. Die unglückliche Frau wurde in das Juliuskrankenhaus überführt. Die ärztliche Untersuchung ergab ein doppeltes Bruch des linken Armes und des linken Oberschenkel. Ferner waren, abgesehen von einer Beckenfraktur, der Frau eine Anzahl Zähne ausgeschlagen und das Gesicht in gräßlicher Weise verletzt worden. Hierzu kommt noch eine

Oberlippen, die ebenfalls von dem Fall herrührt. Trotz dieser schweren Verletzungen ist es nicht unmöglich, daß die Frau dank der ärztlichen Kunst mit dem Leben davonkommt. Anscheinend hat sich die Frau in einem Moment plötzlicher Schwermut von der Erregung des Augenblicks zu der verzweifelnden Tat hinreißen lassen.

Kattowitz, 8. Juni. In der Pauseinsturz-Katastrophe, die sich gestern früh in Rawobitz ereignete, wird noch mitgeteilt, daß das Verfabren gegen den Bauunternehmer Meina eingeleitet ist. Es fand heute Nachmittag 1/2 Uhr im Gemeldebureau zu Rawobitz unter Vorsitz des Kattowitzer Untersuchungsrichters die erste Verhandlung statt. Das Verfabren, das gestern in der Stadt ging, M. habe sich bei dem Bauunternehmer Staatsanwaltschaft freiwillig gestellt, beruht nicht auf Wahrheit. Von den Verletzten befinden sich die Frauen Schade und Kempla ziemlich gut, Frau Kaplunel, die Verletzungen am Rücken, Kopf und Brust davongetragen hat, liegt im Krankenbette. Ob sie mit dem Leben davon kommen wird, ist noch zweifelhaft. Die in ihrem Hause liegende Frau Wilsch ist außer aller Gefahr. Die auswärts verweilende Nachricht, eine der Frauen sei bereits gestorben, ist also völlig unzutreffend. Die Aufbaumensarbeiten, die bis in den späten Nachmittag gestern anbleiben, haben das Fundament des Beschädigten Hauses ganz bloßgelegt. Man sieht jetzt ganz deutlich, wie das Steinwerk ausgetrennt ist, da ihm die stützende Erdmasse gefehlt hat. Das Fundament an der eingestürzten Mauerwand steht ganz schräg da. Es dürfte seinem Zweck mehr unterliegen, daß der Bauunternehmer sehr leichtfertig verfahren ist. Auch gestern und heute war die Unfallstelle noch von vielen Neugierigen umlagert.

Kattowitz, 8. Juni. Tödlich verunglückt. Als der Kattowitzer Stellmacher Nachmittags 4 Uhr mit einem Fuhrer den die Wilhelmstraße unterquert, scheuten die Pferde und jagten in rasendem Galopp davon. St. Hel brunter und kam so unglücklich zwischen das Gespinn, daß ihm von den Mähren Kopf und Hals gerammt wurden und der Tod sofort eintrat. Der Unglückliche hinterläßt seine Frau mit fünf unehelichen Kindern.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.
Die russische Telegraphen-Agentur erhält nachstehende Meldung aus Peking vom 8. Juni:
Chinesen berichten: am 6. Juni fanden mehrere sehr energische Angriffe auf Port Arthur gleichzeitig zu Wasser und zu Lande statt. Die Kanonen wurden mit großen Verlusten unter Vernichtung der dritten japanischen Armee zurückgeschlagen. Die Stellung der Japaner auf Kwantung ist sehr schwierig. Derselben Quellen melden ein Gerücht von der Vereinigung der beiden russischen Geschwader vor Port Arthur, ebenso, daß eine Seeschlacht stattgefunden habe, bei der vier große japanische Schiffe vernichtet wurden.
Eine Epesche der „Central News“ aus Tschifu sagt: Am Sonntag gegen Mitternacht griff die japanische Flotte, die aus 12 Schiffen bestand, Port Arthur an. Der Kampf wurde mehrmals erneuert. Eine Anzahl Torpedobootsgeräthor näherte sich dem Hafen, um Minen zu legen und Brandier vorzuschieben. Montag Morgens 11 Uhr wurde das Bombardement wieder aufgenommen.
Eine große Katastrophe
wurde in Le Mans durch einen wolkbruchartigen Regen, der bei einem Gewitter niederging, herbeigeführt. Infolge der kolossalen Wassermassen schwall der Fluß Dives an, trat über seine Ufer und das Hochwasser brach in der Gemeinde Mamez mehrere Häuser zum Einsturz. Ueber 20 Menschen fanden dabei

ihren Tod. Ferner explodierte ein Gasometer. Es ist noch unbekannt, ob Menschen bei dieser Explosion umgekommen sind.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.
Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 9. Juni:
Rauver. Mitglieder-Versammlung im großen Saale. Walter, Radtzer und Aufreiter. Bahlabend. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 2.
Sonntag, den 12. Juni:
Banarbeiter-Verband. Bahlabend. Vorm. 10 Uhr. Zimmer Nr. 7.
— Mitglieder-Versammlung 11 Uhr. Zimmer Nr. 1.
Schlesischer Arbeiter-Länderbund. Ausschusssitzung. Vormittags 10 Uhr.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt II (Witold-Vorkast).
Der Ausflug findet Sonntag, den 19. d. M. statt. Hr. Fischer.
Bezirk 13. Donnerstag, Abends 8 Uhr: Bahlabend. Der Bezirksführer.
Distrikt III (Ober-Vorkast).
Bezirk 34. Sonnabend, den 11. Juni: Bahlabend. Lokal M.
Bezirk 35, 37, 38. Donnerstag, den 9. Juni: Kassenabend. Bekanntgabe der Tour vom Ausflug. Um recht zahlreichen Erscheinen eruchen.
Die Bezirksführer Reichelt, Scheibel und Tarnke.
Distrikt IV (Sand-Vorkast).
Sonntag, den 12. Juni, früh Punkt 5 Uhr: Gemeinsamer Spaziergang nach Sibyllenort. Treffpunkt: Weihenburgerplatz.
Bezirk 56. Sonnabend, den 11. Juni: Kassenabend im bekannten Lokal. Hr. Galler, Bezirksführer.
Distrikt V (Scheitnig).
Distrikt VI (Schweidnitzer, Streblener und Ohlauer Tor).
Bezirk 81. Freitag, den 10. Juni: Bahlabend im bekannten Lokal. Paul Deitke, Bezirksführer.
Bezirk 85. Sonnabend: Bahlabend im bekannten Lokal. Panklitzches Erscheinen erwünscht. Der Bezirksführer.
Distrikt VII (Innere Stadt).
Die Bezirksführer und Stellvertreter werden dringend ersucht, sämtliche Mitgliedsbücher bis zur Abrechnung am Dienstag, den 21. Juni einzugehen.
Der Distriktsführer.

Gräben. Arbeiter-Radfahrer-Verein für Siregan, Gäßlich und Umgegend. Sonntag, den 12. Juni, Nachmittags 2 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle“, Gräben. Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.
Bunzlau. Verband der Schneider und Schneiderinnen. Filiale Bunzlau. Sonntag, den 12. d. M.: Vergnüben in Borchardts Gasthaus in Rolkbach. Gäste willkommen.
Tillendorf. Wahlverein Bunzlau-Lieben. Donnerstag, den 16. Juni: Versammlung im Gasthof zur „Stadt Bunzlau“. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.
Neustadt O.-S. Wahl-Verein. Sonnabend, den 11. d. M. 8. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Arbeiter-Kasinovereins, Kungendorferstraße 704. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht aller Parteigenossen. Der Vorstand.

Robe-Theater.
Donnerstag:
Gastspiel des Wiener Ensembles
„Der Heiratsschwandier.“
Freitag:
Gastspiel des Wiener Ensembles.
Zum 2. Male:
„Mutter Sorge.“
Sonnabend:
Gastspiel des Wiener Ensembles.
Zum 1. Male:
„Arche Noah.“
Anfang 8 Uhr.
Bei günstiger Witterung von 1 Uhr Koncert im Garten.
Breslauer Sommer-Theater
St. Vincenzhaus, Seminarsgasse 15.
Donnerstag:
„Die Wappenhäuser.“
Anfang 8 Uhr.

Dominikaner.
Tätlich:
Kluge & Zimmermann's
Leipziger Sänger.
Alle drei Tage vollständig
neues Programm.
Entree 10 Pf.
Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn.
Ritterplatz 5, III.
**Sozialdemokratisches
Liederbuch**
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Zigarren!
Mit neu erdichtetes Zigarren-Spezial-Geschäft erlaube ich mir hiermit zu empfehlen und bitte um gütige Unterstüßung.
Dochachtend
Oskar Hoffmann, 561
Nr. 3, Kasselstraße Nr. 3.
„Vollmacht“ und „Vorwärts“ liegen aus.
Cäsar-Fahrräder
sind die besten und doch die billigsten.
Mit Laterne und Glocke von 75.— Mk. an.
Mantel 3.90 Mk., m. Garant v. 5.— Mk. an.
Schläuche v. 2.70 Mk. ab. Ketten 1.60 Mk.
Pumpen 45 Pf.
Kotschützer 1.75 Mk., Brenner 10 Pf.
Alle andern Ersatzteile spottbillig. Reparaturen schnell u. billig.
Cäsar-Nähmaschinen
mit 5 Jahr Garantie 73.— Mk. 692
Gustav Opitz, BRESLAU, Bohrauerstr. 49.

Billige Preise.
1048
Prachtvoller Cablian, Mittelstück, Pfd. 15 Pf.
Großer Schellfisch, Mittelstück, Pfd. 25 Pf.
Bachschellfisch Pfd. 15 Pf. Bachscholle Pfd. 25 Pf.
Feinste Fisch-Koteletts Pfd. 45 Pf.
Feinste neue Matjesheringe Stück 6, 8 u. 10 Pf.
D. D.-F.-G. „Nordsee“
Schmiedebrücke 10 und Stadtbahnhof.
„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.



Zur Verlage der Vorwärts-Buchhandlung erscheinen unter dem zusammenfassenden Titel **Kulturblätter** wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte, die allgemeinverständlich dargestellt und reich illustriert werden. Das Unternehmen beginnt mit der Darstellung der Religionskämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts unter dem Titel:

Wider die Pfaffenherrschaft.

Von Emil Rosenow

Vom Standpunkte des historischen Materialismus entwickelt der Verfasser das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Der Leser sieht, wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die archaischen kommunistischen Agitationen beginnen, welche die herrschende Klasse Roms vergeblich niederzulampfen sucht; wie sich aus dem archaischen Kommunismus die Kirchenherrschaft entwickelt, wie sie ihren Siegeszug durch die Länder hält. Er zeigt, wie das Papsttum entsteht und den Gipfel seiner Macht erklimmt; wie die Kirche das politische und ökonomische Leben beherrscht, bis, beim Ausgange des Mittelalters, die aufstrebende kapitalistische Wirtschaftswelt der Pfaffenherrschaft den Boden entzieht und in Blut und Kriegsgemüll ihren Zusammenbruch herbeiführt.
Das Papsttum, die Klöster und Möncherei, die politisch-ökonomische Tätigkeit des mittelalterlichen Klerus; die große Ausbeutung der Volksmassen durch Beichten, Fronen, Ablass usw., die blutige und grausame Verhinderung jeglicher Opposition (Reherverfolgungen), die finstere Bestellungen nehmen die Buchhandlung „Vollmacht“, Breslau, Neue Graupenstraße 5/6, sowie alle Kolportage entgegen.

Deutscher Reichstag.

03. Sitzung. Mittwoch, den 8. Juni 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Stengel.
Die zweite Beratung der

Novelle zum Münzgesetz

wird fortgesetzt.

Abg. Osel (Zentrum): Die Vorlage hat eigentlich nur dadurch Bedeutung erhalten, daß man die Erhaltung des Talers als gewöhnliche Sachdemokratie in der Kommission beschlossen hat. Auch im Südbundland ist der preussische Taler sehr gerne gesehen im Gegensatz zu den fünfmarkigen, die durch die Größe sehr bald die Gelbbettel ruinieren. (Sehr richtig!)

Bayrischer Bevollmächtigter Ritter v. Burckhard: Herr Osel hat gesagt, daß ihm ein Taler lieber sei, als ein fünfmarkiges (Abg. Osel: Nein! nein! Weiter!). Und so dächten viele Leute in Bayern. Der bayerische Regierung aber ist von einem Bedürfnis der Bevölkerung nach dem Taler nichts bekannt. Der Taler verliert gegen das Prinzip des Münzgesetzes und ich kann namens der bayerischen Regierung erklären, daß sie dem Gesetz in der von der Kommission beschlossenen Fassung die Zustimmung versagen würde. Wenn dagegen der Wunsch nach Ausprägung von Talern in Form einer Resolution angenommen wird, sind wir bereit, Erhebungen nach dieser Richtung zu veranstalten.

Abg. Dr. Wachtel (fr. Vg.): Das ganze Volk will den Taler, sagt man. Es ist aber immer verdächtig, wenn so ganz allgemein von dem Willen des Volkes gesprochen wird. (Hört! hört! rechts.) Die Erfahrung der Zentralstelle unseres Münzwesens hat ergeben, daß die Taler mäßig in der Praxis der Wirtschaft lagern. Weder bei den Reichsbank noch bei den Post ist es gelungen, diese Taler wieder in den Verkehr zu bringen; sie fließen stets wieder zurück. Der Taler widerspricht auch dem Dezimalsystem, und es ist doch kein Zufall, daß fast alle Staaten zu diesem System übergegangen sind. — Daß übrigens die Bimetallisten sich jetzt auf das Dezimalsystem zurückgezogen haben, beweist, daß die Mitter vom Silber endgültig die Waffen niedergelegt. Wir haben nicht mehr die Freude, daß Herr v. Kardorff in seiner jährlichen Glanzrede der Goldwährung den Krieg erklärt, dafür aber die nachhaltigere Freude, daß unser Münzsystem jetzt gesichert ist. (Bravo! links.)

Abg. Raab (Antik.): Der Schatzsekretär gibt uns den Rat, die Ausprägung von Dreimarkstücken nicht ins Gesetz zu schreiben, sondern in einer Resolution zu fordern. Resolutionen an den Bundesrat sind aber ungeeignete Mittel am ungeeigneten Objekt. (Weiter!) Resolutionen läßt sich der Bundesrat ganze Wälder voll schälen, kümmert sich aber durchaus nicht darum. (Sehr richtig!) Auf eine Resolution dürfen wir uns also nicht verlassen. — Neben polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Wachtel über den Wert der Goldwährung. Überhaupt sollten dem Volke alle, liebe Gewohnheiten, wie es der Taler ist, nicht aus der Hand genommen werden. (Sehr richtig! rechts.) Diese handliche, wertvolle Münze muß dem Verkehr erhalten bleiben. (Bravo! links.)

Abg. Sartorius (fr. Vg.): Ich bin erstaunt über den demokratischen Geist, der plötzlich auf der Rechten aufgeblüht ist. Die Stimme des Volkes soll in der Münzfrage entscheiden. Über diesen Wandel in den Anschauungen der Rechten freue ich mich um so mehr, als gerade in der letzten Zeit in den führenden Organen dieser Partei ganz anders gesprochen wurde, besonders in Bezug auf das Reichstagswahlrecht. (Sehr gut! links.) Aber bei der Münze wollen wir doch lieber unser wohlgeordnetes Dezimalsystem behalten. (Bravo! links.)

Abg. Wastling (natl.): erklärt, daß die große Mehrheit seiner Freunde im Interesse der kleinen Geschäftsleute für die Beibehaltung stimmen würden.

Abg. Dr. Arendt (Np.): Die Bimetallisten haben ihre Taktik nur deswegen geändert, weil die Goldproduktion so stark zugenommen hat. Wir wollten damals die Karawane ihrer Schulden ebensowenig billig los werden lassen, wie sie im Interesse der Minerbesten handeln.

Sobald die Goldproduktion wieder abnimmt, wird die internationale Doppelwährung die notwendige Konsequenz sein. Die Beliebtheit des Talers ist eine so große, daß ein Referendum über sie eine erdrückende Mehrheit für denselben ergeben würde. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.): erklärt, daß bei der dritten Lesung seine Freunde diese höchwichtige Frage nur von einem beschlußfähigen Hause entscheiden lassen würden.

Abg. Götthel (fr. Vg.): Wenn Herr Arendt bis zum Abnehmen der Goldproduktion Waffensstillstand für die Bimetallisten proklamiert, so ist das sehr beruhigend für uns, denn die Goldproduktion wird sicherlich so bald nicht abnehmen. (Sehr wahr! links.) Damit schließt die Diskussion.

Das Gesetz wird in der Kommissionsfassung angenommen. Eine vom Abg. Wiest (fr. Vg.) eingebrachte und befürwortete

Resolution, die Rückseite der neuen fünfmarkigen Stücke mit Reichsadler und Eichenkranz zu versehen, um sie besser von dem Zehnpennigstück zu unterscheiden, wird, nachdem die Abg. Wiest (Zentrum) und Dr. Arendt (Np.), sowie der Reichstagssekretär Frhr. v. Stengel den Vorschlag auf Grund früherer Erfahrungen als unpraktisch bezeichnet haben, gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des

Gesetzentwurfs betr. die Kaufmannsgerichte.

§ 1 der Vorlage bestimmt, daß zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits bei vorhandenem Bedürfnis Kaufmannsgerichte errichtet werden können.

Hierzu liegt ein Antrag Auer und Genossen vor, welcher die obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten für diese Streitigkeiten verlangt.

Abg. Lipinski (Soz.) begründet den Antrag. Es könnten ja mehrere Gemeinden zu einem Gerichtsbezirk zusammengezogen werden, aber das Bedürfnis nach Kaufmannsgerichten sei vorhanden, den Gemeinden blühte man es nach den Erfahrungen bei den Gewerbegerichten nicht überlassen. Also empfehle sich der Vorschlag der Sozialdemokratie.

Abg. Trimborn (Zentr.), Beck-Heidelberg (natl.), Dowe (fr. Vg.) erklären gegen den Antrag Auer stimmen zu müssen, da Sondergerichte nur da geschaffen werden sollten, wo ein besonderes Bedürfnis vorliegt.

Abg. Sattmann (Antik.): Wir stehen prinzipiell auf dem Boden des Antrages Auer, verzichten aber auf seine Annahme, da sonst das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet ist.

Abg. Schuning (konl.): Nur wenn der Antrag Auer abgelehnt wird, können wir für das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Müller-Meltingen (fr. Vg.): erklärt, daß seine Partei dem Gesetz nur unter der Voraussetzung zustimme, daß endlich mit der Kommissierung der Rechtsprechung, der Schaffung von Sondergerichten, ein Ende gemacht werde.

Abg. Dr. Semler (natl.) legt wiederholt seinen ablehnenden Standpunkt dar, den er schon in der ersten Lesung vertreten hat. Das ganze Gesetz sei nur die Frucht der Agitation des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Wenn der Staat, wie hier, Hoheitsrechte aufgibt, so ist das ein sehr bedeutendes Zeichen der Schwäche. Die Gewerbegerichte könnten Streitigkeiten, aber Handlungsgehilfen streifen nicht. Man soll die jungen Handlungsgehilfen nicht immer darauf hinweisen, ihr Recht wahrzunehmen. (Lachen b. d. Soz.) Die Städte unter 20.000 Einwohner von Kaufmannsgerichten auszunehmen, sei schon ganz und gar unlogisch. Für weibliche Handlungsgehilfen bedeutet es geradezu eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, daß sie der Rechtsprechung ihrer allerschärfsten Konkurrenten, der männlichen Handlungsgehilfen, unterworfen werden. Die Überweisung der Rechtsprechung über die Konkurrenz an die Kaufmannsgerichte bedeutet eine schwere Gefahr für den selbständigen Kaufmann. In dieser Hinsicht ist der Arbeitgeber der wirtschaftlich Schwächere. (Widerspruch bei den Soz. Abg. Singer ruft: Gerade das Gegenteil ist richtig.)

Staatssekretär Graf Bogdanowitsch: Dem Herrn Vorredner ist ein in der parlamentarischen Geschichte nicht selten vorkommendes Verhalten passiert: einer seiner Gewährer schlägt den anderen tot. Die Erkenntnis, daß ohne persönliche Schuld der Richter unsere Rechtsprechung zu langsam für die Leute arbeitet, welche auf Arbeitsverdienst unter wechselnden Verhältnissen angewiesen sind, hat zur Errichtung der Gewerbegerichte geführt und führt jetzt zur Errichtung der Kaufmannsgerichte. Wenn Herr Semler meint, das Gesetz verdamme eine Agitation seinen Ursprung, so ist darauf zu erwidern, daß aus Agitation schon genug Gesetze entsprungen sind, denen die Parteifreunde des Vorredners begeistert zugestimmt haben. (Sehr richtig!) Der Meinung bin ich freilich auch, daß wir nunmehr mit der Schaffung von Standesgerichten Halt machen und unser Augenmerk auf die zeitgemäße Reform unseres Amtsgerichtsverfahrens richten müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es bedeutet keine Preisgabe der Staatshoheit, wenn der Staat die Lösung bestimmter Aufgaben auf andere Verbände, Gemeinden usw. überträgt. (Sehr richtig!) Die Einführung der Kaufmannsgerichte schon in Orten mit 20.000 Einwohnern wird von der Mehrheit der verbündeten Regierungen schwerlich als eine Verbesserung angesehen werden. Ich möchte daher bitten, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, welche Kaufmannsgerichte erst in Gemeinden von 50.000 Einwohnern vorsieht.

Abg. Singer (Soz.): Herr Semler steht wohl mit seiner Gegnerlichkeit gegen die Kaufmannsgerichte überhaupt, darauf hat seine Stellungnahme doch schließlich hinaus, heute ziemlich allein. Den Großkaufleuten, in deren Mitte Herr Semler verkehrt, ist das natürlich gleichgültig, ob ein Prozeß drei Jahre oder vier Wochen dauert. Für die Handlungsgehilfen aber, die inzwischen keine andere

Stellung finden können, die nicht von dem Orte fort können, ehe der Prozeß entschieden ist, ist die Schaffung solcher Gerichte von eminenter Wichtigkeit. Herr Wassermann hätte sicher über die Rede des Herrn Semler die Hände über dem Kopf zusammenschlagen; er wäre erkrankt, wie weit die Fraktion in seiner Abwesenheit begünstigt ist. (Große Heiterkeit.) Herr Semler behauptete, die Vorlage entspringe nur einer wilden Agitation. Für Flottenpolitik, für den Kolonial, die Lebensmittelpolitik haben die Herren, mit Herrn Wassermann an der Spitze, eine Agitation getrieben, die geradezu weiß in Schwarz verwanbelt hat. (Sehr richtig! links.) Herr Semler erklärte es für inkompetent, die Kaufmannsgerichte auf Städte mit 20.000 Einwohnern zu beschränken. Offenlich stimmt er dann für unseren Antrag. Er schüttelt den Kopf. Nun, Konsequenz kann man von einem Nationalliberalen auch nicht erwarten. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie dringend, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! links.)

Abg. Trimborn (Zentr.): Herr Singer hätte sich seine Rede sparen können. (Heiterkeit.) Herr Semler hat sich ja nur gegen die bürgerlichen Parteien gewandt, er hätte also Herrn Semler ruhig mir überlassen können. (Große Heiterkeit.) Von einer Angliederung an die Amtsgerichte könnte nur dann die Rede sein, wenn diese eine schnelle und billige Rechtsprechung leisteten. Bis dies durchgeführt wird, können wir nicht warten. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Sattmann (Antik.): Die Freunde des Herrn Semler werden gewiß gewünscht haben, daß er die Nordlandreise mitgemacht hätte. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß er mit seiner Stellungnahme allein steht.

Abg. Beck-Heidelberg (Natl.): Unsere Fraktion steht nach wie vor auf dem alten Standpunkte. Herr Semler hat ausdrücklich gesagt, daß er für seine Person spreche. (Sehr richtig! bei den Natl.) Volkswirtschaftler muß ich aber dagegen, daß Herr Semler einseitig die Interessen der Großkaufleute vertreten habe. Er hat für die kleinen Gewerbebetriebe gesprochen.

Damit schließt die Diskussion.

Unter Ablehnung des Antrages Auer wird § 1 in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Vorher: Dritte Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Reblaus.

Saarabien vor Gericht.

Vierter Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die weitere Beweisführung, beantragt die weitere Zeugenladung, darunter die Ladung eines Beamten, dem von Pflger verboten worden sei, an einer Versammlung und einer Petition für die Verbesserung des Beamtenpensions-Gesetzes teilzunehmen.

Der Staatsanwalt erklärt, die Vernehmung sei überflüssig, da ein

staatlich anerkanntes Koalitionsrecht nicht existiere.

Seine erwiderte, selbstverständlich gebe es ein staatlich anerkanntes Koalitionsrecht. Aber hier handle es sich um das

Berufungs- und Petitionsrecht der Beamten.

Sodann befanden sechs auf Veranlassung des Nebenklägers geladene Zeugen, daß sie bei Löhnen von 3.50 bis 5 Mark und darüber in 10 bis 30 Jahren sich Eigentum im Wert von 3000 bis 20.000 Mark erworben haben. Die Aussicht auf Verkaufszwecken, auch Grundstückspekulationen hat in einigen Fällen wesentlich mitgeholfen. Fleisch gebe es durchschnittlich zwei bis dreimal in der Woche. Das Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitern sei gut. Von Kartoffeln, Brot und Kaffee brauche, von Ausnahmefällen abgesehen, kein Vergarmann leben.

Hilfsfleiger Bisk aus Sulzbach ist geladen, um zu bezeugen, daß der Zeuge, Bergmann Engel, ihm gesagt habe, er befände sich so in der Gewalt des Angeklagten Krämer und seiner sozialdemokratischen Freunde, daß er sich nicht befreien könne.

Zeuge bekundet, Engel habe auf seine Aufforderung, sich von den Sozialdemokraten zu trennen, erklärt, er könne sich doch nicht mehr reinwaschen.

Auf die Vorhaltungen der Rechtsbeistände des Nebenklägers, welche die Äußerung in ihrem Sinne interpretieren, antwortet der Zeuge: Ja, so war es!

Auf die sinngemäße entgegengesetzten Vorhaltungen des Zeugen Engel und des Verteidigers antwortet er daselbst.

Das wiederholt sich fünf- bis sechsmal, so daß der Eindruck allgemein ist: von einer Erschütterung des Engel'schen Zeugnisses kann keine Rede sein.

Die Anwälte des Nebenklägers beantragen Verlesung der Landtags-Rede des Zentrum's-Abgeordneten Marx sowie von Zeitungsartikeln aus der Dabach-Presse.

Silger befreit die Richtigkeit der Zahlen im Hauptstück nicht, stellt sich aber durch die Schlussfolgerungen schwer

oder nicht. In letzterem Falle würde sich die Untersuchung auch auf den Inhaber des Weltbureaus ausdehnen. Der Verhaftete hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

In einer Kohnenstraße zu Obledo fand eine Explosion schlagernder Wetter statt infolge Unvorsichtigkeit eines Arbeiters, der in der Galerie gerast hatte. Bis Mittwoch Mittag wurden 25 tote und zahlreiche Verwundete geborgen. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Einer Mordversuch und Selbstmord verübte Dienstag Abend in Brauburg a. S. der 29-jährige Arbeiter Karl Wittner aus Berlin, der mit der zehn Jahre jüngeren Fabrikarbeiterin Schwitzke ein Liebesverhältnis unterhielt. Da die letztere nicht mehr von ihm wissen wollte, drang Wittner Dienstag Abend in die Wohnung der Schwitzke und gab aus einem Revolver fünf hintereinander drei Schüsse auf das Mädchen ab. Zwei Augen gingen fehl, während die dritte in die Wade drang und am Knochen abprallte. Dann richtete der Arbeiter die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Sein Tod erfolgte fast augenblicklich. Die Verletzungen des Mädchens erwiesen sich glücklicher Weise als ungefährlich.

Schon wieder eine Bluttat in Hamburg. Am Montag Abend (Schon der Schloffer Marsch auf seine Ehefrau, die ihn verlassen hatte und mit einem früheren Buchhändler verkehrte, auf der Treppe, die zu ihrer Wohnung führte, und verlegte sie schwer, aber nicht lebensgefährlich. Gleich darauf erschoss er sich.

Mit Hilfe des Polizeijungens ermittelt. In der vergangenen Nacht wurde auf dem Gute Hagenhof im Braunschweigischen der Fuhrmann Duwe unter dem Verdacht verhaftet, die 11-jährige Tochter der Arbeiterwitwe Behnke ermordet zu haben. Die Ermittlung des Mordes ist mit Hilfe eines Polizeijungens erfolgt. Der Hund wurde zunächst in den Raum geführt, wo die Bluttat verübt worden war und dann zu dem verstorbenen Hirtenposten gebracht. Hier fürzte sich der Hund sofort auf Duwe und biss sich in seiner Kleidung fest. Um noch eine Probe zu machen, mußte sich Duwe umgeben, und diesmal jagte ihn der Hund heraus. Duwe leugnete anfangs, geschand aber Vormittags die Tat.

Die Entdeckung eines russischen Zivil- und Militärzuges zwischen den Stationen Schwanau und Sierpingale wird vom „Newyorker Herald“ gemeldet. Der Zug führte einen Schlafwagen mit sich, dessen Insassen, dreißig an der Zahl, weiß Franzosen und Kinder, getötet wurden. Die Lokomotive fiel in einen Straßengraben. Leider war keine Hilfe am Orte für die zahlreichen Verwundeten. Sie wurden in unversichert geliebene Wagen gehoben und mittels einer Dampfmotorschleife nach der nächsten Stadt gebracht.

Ein schwerer Automobil-Unfall ereignete sich Dienstag bei Siefing in der Nähe von Dammerey (Westfalen). Als hier ein mit zwei Herren besetztes Automobil in der Richtung von Hamburg nach Berlin vorüberfuhr, schenkte die Pferde eines Lastfuhrwerks

Breslauer Sommertheater.

Breslau, den 8. Juni 1904.

Mutter Sorge. Wiener Volksstück von R. Sawel.

Die Volksstücke zählten einst zu den beliebtesten Werken der dramatischen Literatur, aber seitdem an das Theater höhere Anforderungen gestellt werden, seitdem man nicht bloß geföhrt sein, sondern wirkliches Leben dargestellt sehen will, ist das Volksstück von der Bühne verschwinden und das realistische Drama hat seinen Platz eingenommen. Sawel, ein Wiener Volksschullehrer, hat sein kleines Abend durch die Wiener Gasse aufgeführtes Volksstück erst vor einigen Jahren geschrieben, man weiß aber nicht, daß er auf die Forderungen der neuen Zeit eingegangen ist, er stellt die Handlungen fast genau so dar, wie es schon zu Großvaters Zeiten gehalten wurde. Er will durch die Aufführung nicht erschauern, sondern nur ruhige Stimmung erwecken. Und es gelingt ihm auch in reichlichem Maße.

Der Fischer Anton Febringer ist in Not geraten; er verdient nicht mehr soviel, daß er und seine zahlreiche Familie davon leben können, und wird von seinem ehemaligen Jugendfreund Ferdinand Dullinger gehandelt und aus der Wohnung verwiesen, weil er diesem Freunde die Schulden nicht bezahlen kann. Es gelingt ihm, nochmals in die Höhe zu kommen, und nach drei Jahren kann er triumphieren. Durch seine „ehrliche Arbeit“ ist er wieder ein angesehener Mann geworden, während sein einstiger Freund aus einem reichen Mann ein armer Teufel wird. Der Dichter hat dem Stücke noch eine Märchenfigur, Mutter Sorge, einverleibt, welche Anton Febringer auf Schritt und Tritt begleitet, und ihn dann erst wieder verläßt, als er sich wieder eine neue Existenz geschaffen hat, in der Sorge keine Heimstätte mehr findet.

Herr Fröben spielte die Hauptrolle, den Anton Febringer. Sein Spiel war dem Charakter des Stückes angemessen, bald derb-realistisch, bald wieder rühmlich-sentimental. In andern größeren Rollen waren Fräulein Lieberzeit (Fran Febringer), Fräulein Replinger (Antons Frau), Herr Tiller (Ferdinand Dullinger) tätig. Ihre Darstellung bewegt sich auf mittlerem Niveau. Pr.

Aus aller Welt.

Von einem Aufsehen erregenden Vorgang an der Mädelbrücke zu Berlin berichtet die „Nationalzeitung“: Dienstag Nachmittag um 5 Uhr kam eine feine gekleidete Dame mit der Hochbahn gefahren und stieg an der Station Mädelbrücke aus. Sie hatte, in ein Tuch gehüllt, ein kleines Kind im Arm. Als sie einige Schritte am Kanal gegangen war, warf sie das Kind in das Wasser und ging ihrer Wege weiter. Passanten riefen zwei Schiffer an, welche das Kind herausholten. Als sie es an Land brachten, war

das Kind tot. Als man sich nun nach der Dame umfah, war sie verschwunden. Sie soll sich in einer Droschke entfernt haben. Die Kindesleiche wurde zunächst unter der Hochbahn, gegenüber dem Hause Dalesches Nr. 29, niedergelegt. Ob das Kind schon vorher tot war und die Frau sich seiner nur entledigen wollte, oder ob das Kind erst im Wasser seinen Tod gefunden hat, wird die Untersuchung feststellen. Als der empörende Vorfall bekannt wurde, sammelten sich Hunderte von Passanten an, so daß ein vollständiges Aufgebot der Menschenansammlung zerstreuen mußte.

Ehrender Darf. Aus dem „frommen“ München wird der „Täglichen Rundschau“ geschrieben: „Alter Sitte gemäß werden für den Fronleichnamstag im königlichen Hofbahnhause jedes Jahr etliche Kräfte M a i b o d aufgehoben. So auch heute wieder 80 Heiliger. Als sich nun am Donnerstag nach der Prozession zahlreiche Fronne am Platz einfanden, um der geistigen die leibliche Erbauung folgen zu lassen, mußten sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß die Quelle bereits verstopft war. Die 8000 Maß waren in d h r e n d der Fronleichnamprozession vertilgt worden.“

Der Graf als Rabenwatter. Der wegen Kindes-mißhandlung mit tödlichem Ausgang in Dresden verhaftete österrische Graf Dr. jur. Resequier de Ritzmont ist, entgegen anders lautenden Meldungen, noch nicht aus der Untersuchungshaft entlassen worden, obwohl er sich zur Stellung einer Kaution in Höhe von 100.000 Mark bereit erklärt hat. Die gerichtliche Untersuchung gegen ihn nimmt ihren Fortgang, doch vermehren die bisherigen Recherchen der Staatsanwaltschaft den mysteriösen Fall nicht aufzuklären. Es steht indessen fest, daß der Tod des vierjährigen außerehelichen Töchterchens des Grafen nicht durch einen Sturz von der Treppe erfolgt, daß vielmehr eine überdeutliche Beteiligung seitens des Vaters der schweren Ermordung des Kindes vorausgegangen ist. Andererseits bedarf es noch der Aufklärung bezw. eines sicheren Nachweises dafür, daß diese Thatgebe die direkte Ursache des Todes gewesen. Wie nämlich der Unfallsbericht lautet, soll das Kind an den Folgen einer Stöße-Verletzung gestorben sein, die es sich angeblich selbst zugezogen hat.

Ein Opfer des Reichstums. Wegen Unterschlagung von 50.000 Mark wurde der 22-jährige Kommis Hundstein von der Bankfirma Calmann in Altona in dem Augenblick verhaftet, als er im Dampfer nach Hamburg zu gehen. In seinem Besitz wurden noch über 3000 Mark Bargeld vorgefunden. Das verurteilte Geld hat der junge Mann im Laufe der Zeit auf den Kneipplätzen und bei Buchmachern verweilt. Außerdem hat er sich in Hoppengarten drei Kupferbe geäußt. Da angenommen wird, daß die von ihm verübten Unterschlagungen eine weit größere Höhe erreichten, wurde eine sofortige Revision der Bücher vorgenommen. Heute wurden die Bücher eines Altonaer Sportbureaus beschlagnahmt, um festzustellen, ob der Buchmacher die Weiten an den Totalfaktor weitergegeben hat

bedeutet. Er erklärt, daß sein Sozialdemokrat in Staatsbetrieben achselhoch seine sozialistische oder Sozialistische in den Schließhütern gefastet sei, und redet dann eine Stunde von den saararabischen Wohlfaß 18-Einrichtungen, zu denen er auch die Wälschungen der Verleiher rechnet. Ernen Vorkaufslisten hält Seine eine Anzahl Vorkaufslisten mit Löhnen für Männer von 67 Mark bis 93 Mark pro Monat.

Nachdem der Gerichtsbeschluss verkündet ist, daß die von Seine beantragte Herausgabe abgelehnt, erklärt Seine, daß er schon selbst geladen hat, so daß das Gericht nur zu befinden hat, ob das Verweiskthema zur Sache gehört.

Seine geht dann an der Hand der Berichte der Knappschäfts-Verwaltungsgesellschaft, der Kommission für Stein- und Kohlenfall näher auf die

Unfallzahlen

ein und weiß nach, daß der Übergangsbüro von Ober-Schlesien abgesehen, an der Spitze der verschiedenen Reviere steht. Hilger sucht an einem Abzuge aus dem amtlichen Material nachzuweisen, daß von auch nicht an zweiter Stelle steht.

Seine weist darauf hin, daß man einen zureichenden Überblick nur bekomme, wenn man einen längeren Zeitraum berücksichtige und nicht nur ein Jahr. Von 1892-1893 kamen durch Stein- und Kohlenfall zu Tode Verleiher: in Sachsen pro 1000 durchschnittlich 0,1, Ruhrgebiet 1,04, Saargebiet 1,47, Oberschlesien 1,87. 1902 kamen pro 10.000 Verleiher Unfälle überhaupt vor: im Ruhrgebiet 146, Pomm 162, Oberschlesien 192; also wird das Saargebiet nur noch von Oberschlesien übertroffen, wo aber ein sehr starker Arbeiterwechsel herrscht, während im Saargebiet die Arbeiterzahl sehr stabil ist. Das ist günstig für die Unfallverhältnisse, trotzdem steht das Saargebiet mit an der Spitze.

Hilger läßt das auf schlechtes Erbgut und schlechte Werbung der Arbeiter im Verbau zurück; es würde aber besser.

Seine sagt, solche Unfallziffern seien doch gewiß nicht empfehlend für die Staatsarben.

Es entwickelt sich eine längere technische Debatte über die Unfallziffern. Das Ergebnis ist eine verschiedene Auffassung über den Wert relativer und absolut Zahlen.

Hilger läßt noch, seine Verleiher brauchen keine „Velehrung von draußen“. Er brauche keine „außerbürgerlichen Intelligenzen“.

Während beantragt der Staatsanwalt, den anzuwenden Abz. Due zu verurteilen, ob alle Beamten und Vorkaufslistenmitglieder des Bergarbeiter-Verbandes Sozialdemokraten sind. Hilger sei deshalb gegen den Verband.

Seine bemerkt: Es heizte niemand, daß die Verbandsleiter Sozialisten seien. Aber auch diese hätten Koalitionsrechte. Im Jahre 1901 sei z. B. er (Seine) selbst Que, Bostmar und andere Verleiher auf einer Bergarbeiter-Konferenz in Oberhavern gewesen, neben einem königlichen Verwaltungsbeamten, der sich nicht scheute vor uns. Finanzminister Nibel hat vor einigen Tagen im bayerischen Landtage noch ausdrücklich den sächsischen Bergleuten das Verbandsrecht garantiert. Auch dort käme der Verband in Frage. Im Saargebiet wird er also verboten von Herrn Hilger.

Hilger: Ich bin anderer Ansicht wie jener bayerische Verwaltungsbeamte. Auch ich bin für das Verbandsrecht. Aber es wird von den Sozialdemokraten mißbraucht.

Das Gericht rult dann Que auf, der beklundet: Gewiß seien die Verbandsbeamten Sozialdemokraten; ob alle Vorkaufslistenmitglieder, wisse er nicht genau.

Der Staatsanwalt fragt Que: Ob nicht Rebel in Dresden laute, wer nicht variere, „liege“! Es müsse der Terrorismus der Sozialdemokraten festgestellt werden.

Seine protestiert; der Gerichtshof sei weder der Ort für politische Agitation, noch gehöre die Frage zur Sache.

Der Staatsanwalt besteht auf seiner Frage und fragt zugleich Que, ob er über die Verfasserschaft der intrinisierten Flugblätter etwas wisse?

Que verweigert die Aussage, da er der Ansicht ist, sich vielleicht strafbar zu machen.

Der Gerichtshof zieht sich zurück und beschließt, Que brauche auf die Verbandsfrage nicht zu antworten. Sie gehöre nicht zur Sache.

Que nimmt wieder an Tisch Platz. Es kommt nun zu Wort der Sachverständige Vergrat Kahler. Ueber Vorkaufslisten wird er morgen speziell ausfragen, da genauere Ziffern beigebracht werden sollen. Die starke Zunahme der Unfälle führt Kahler zurück auf die Annahme, daß der kleinste Unfall. Das Saargebiet stehe nicht an der Spitze.

In ganz Deutschland kamen im Jahre 1902 auf 1000 Verleiher 112,76 Unfälle vor, im Saargebiet 104.

Während nun der Führer das Automobil zur Seite lenkte, geriet dieses auf das höher gelegene Troittoir, und durch den Stoß, der die beiden Vorderäder nacheinander trat, verlagte plötzlich die Steuerung, so daß der Wagen gegen einen Baum jagte; durch den heftigen Anstoß wurden die Insassen herabgeworfen; der Führer, das Automobil lenkte steuerlos wieder auf die Chauffee und schlug absonn um. Die beiden Verunglückten erlitten schwere Verletzungen: der eine von ihnen zog sich einen Schenkelbruch zu, während dem anderen, dem Führer, beide Beine gebrochen wurden.

Können Ohrenkrankheiten haben? Beim Baden und Schwimmen wird das Gehörorgan leicht in Mitleidenschaft gezogen, das Eindringen des kalten Wassers ins Ohr verursacht oft Schmerslichkeit, entzündliche Vorgänge im Ohr, manchmal auch Kopfschmerz und Schwindel. Der Schwindel kann beim Eindringen von kaltem Wasser direkt lebensgefährlich werden und bei manchem, der beim Baden an plötzlichen Herzschlag verstorben sein soll, wurde der Tod dadurch herbeigeführt, daß beim Kopfsprung oder plötzlichem Untertauchen das Trommelfell platze und Wasser ins Mittelohr eindrang. Es stellt sich dann ein heftiger Schwindel ein, bei welchem der Schwimmer untertaucht. Wenn daher schon der Gedanke mit Rücksicht auf das Gehörorgan mehr Vorzicht beim Baden anwenden sollte, als es allgemein geschieht, so dürfen Ohrenkrankheiten überhaupt nicht kalt baden oder schwimmen, es sei denn, daß das Ohrenleiden geheilt ist. Auf alle Fälle tun beratige Kranke gut, vor ihrem Arzt zu besprechen, ob nicht durch das Baden eine Verschlimmerung ihres Leidens zu befürchten sei. Sie müssen sich vor dem Kopfwaschen und dem Untertauchen hüten und die Ohren mit Watte verstopfen, weil, wenn durch die häufig vorhandenen Risse des Trommelfelles Wasser ins Mittelohr gelangt, sich hier häufig Entzündungsprozesse entwickeln. Ohrenkrankheiten sollen nicht an die See gehen, weil die feuchte Seeluft bestehende Katarrhe verschlimmert, für sie paßt die trockene Gebirgsluft besser.

Wahnung.

Nacht gegen Rußland keine bösen Bize! Von Willeid sei das deutsche Herz bewegt! Und dies Gefühl embleure jeder Spitze, Und keine Bosheit sei hinzugelegt!

Zwar ist es richtig, daß sie uns nicht lieben, Und daß der Glanz von Verdämung schwor, Doch jetzt - getrossen von den deutschen Hieben - Schwelzt dieses Trambild ihm durchsicht nicht vor.

Die Wahrheit ist es, daß sie jählich den Finnen Die Sprache rambten, Freiheit, Land und Gott, Nicht ihre Lust zum Oben ginz von hinnen, Nur die Kraft. Und dannum schweig der Spott!

Wohl haben sie mit Füßen roh getreten, Verstampft am Boden alles Menschenrecht, Begeht dies jetzt, und laßt uns für sie beten, Es geht den Wägern gar so herzlich schlecht.

Doch hat der Teufel wirklich sie beim Krogen, Dochschwebet Rußlands Rastre zu Herzlichkeit, So seien ihm in Deutschland hüt're Krogen, Des Protokoll's Zeichen ihm gewiegt!

(Peter Schlemmer im „Simplicissimus“.)

Seine: Entscheidend sind doch die entschädigten Unfälle, das sind keine geringfügigen. So kamen in der Statistik von pro 1000 vor: 1886 erst 1,6, aber 1902 waren es über 14.

Der Sachverständige gibt ferner die absoluten Unfallzahlen vom Ruhr- und Saargebiet an.

Seine entgegnet: Selbstverständlich können im Ruhrgebiet absolut mehr Unfälle vor, weil dort die Arbeiterzahl doppelt so stark ist; die von mir angegebenen Relativziffern sind also richtig.

Krämer, Angeklagter, gibt auf Verfragen an, die vielen Unfälle und Erkrankungen kämen seiner Ansicht nach von den schlechten Arbeitsverhältnissen; diese sollten eben durch die Organisation der Arbeiter gebessert werden.

Hilger fragt, ob Krämer glaube, die Organisation könne dies leisten.

Krämer antwortet: Aber ganz gewiß, wie die Erfahrung lehrt. Der Sachverständige äußert sich über die Verhältnisse der Verleiher. Sie wohnen vielfach schlecht, aber weil sie zu wenig Wert auf anständige Wohnung legen. Die Märgerschaft gebe mehr für Miete aus. Viele Frauen seien unwirtschaftlich, für Putz würde zu viel Geld ausgegeben.

Seine berechnet, daß die Arbeiter unverhältnismäßig viel für Miete ausgeben müssen und sich darum einschränken. Die Miete betrage bei 130 Mk. Verdienst bis 18 Mk. pro Monat. Jedenfalls geben die Leute mehr für Wohnung aus, wenn sie besser begahit würden. Die Ausgabe für „Putz“ falle nicht so ins Gewicht, wie vorhin ausgeführt wurde.

Der Staatsanwalt will von Seine die Anklage haben: die Wahlbeeinflussungen z. seien nicht „amtlich“ auf Hilgers Anweisung zurückzuführen.

Seine sagt, das habe er ja schon am Freitag konstatiert, sei auch in den Flugblättern nicht behauptet, das „made man anders“.

Als der Staatsanwalt fragt, ob auch seine Beeinflussungen seitens der Steiger z. behauptet würden, erklärt Seine kategorisch: Keineswegs gebe ich an, daß die betreffenden Beamten nicht ihr Amt mißbraucht; übrigens ist das auch schon bewiesen. Seine wendet sich an Hilger: Wollen Sie uns nicht sagen, ob Sie nicht auch die Wahl des Zentrums nannet und das Galien der Zentrums-Beitragungen allgemein verbieten? Haben Sie nicht auch dem von dem Zentrums-Abgeordneten Brull geleiteten „christlichen Gewerksverein“ die Gewerkschaft angelehnt? Ueber den Bergarbeiter-Verband kennen wir ja nun Ihre Meinung zur Genüge.

Hilger: Ich verbiete keine katholischen Zeitungen, aber die „Dachbrot-Brot“ (Heiterkeit im Justizraum.) Ueber meine Stellung zum christlichen Gewerksverein kann ich nur mit Erlaubnis des Ministers ausfragen, wenn das Gericht die Frage zuläßt.

Das Gericht beschließt auf Antrag Seines, über die Fragestellung betr. Brull noch zu beraten.

Seine stellt darauf aus dem Knappschäftsstatut fest, daß dem Reugen Lehmann, der gekorn auslagte, ihm sei vom Obersteiger der Krankenschein erteilt, unrecht geschehen sei. Der Krankenschein müsse aufgestellt werden.

Hilger meint, der Obersteiger habe gewiß nicht den Eindruck gehabt, Lehmann sei krank.

Seine repliziert, die Diagnose gehe den Obersteiger nicht an, die sei nur Sache des Arztes; also scheine der Obersteiger den „Krit“ zu spielen.

Nunmehr wird in der Reugenrechnung fortgefahren. Bergarbeiter Sedhardt, Schlafhausleiter, ist auf die „Strafzelle“ 28 verlegt worden, weil er seine national-liberalen Wahlzettel verteilte wollte.

Bergarbeiter Müller baargen stellt der „Strafzelle“ das bestmögliche Zeugnis aus; es hätten sich Leute extra dorthin gemeldet, weil sie „Infirmität und gesund“ sei.

Bergarbeiter Vetter beklundet, Nr. 28 sei als „Strafzelle“ bezeichnet worden, wo alle unbeliebten und ultramontanen Arbeiter hinverlegt würden.

Im Reugenverhör bleiben die Reugen bei ihrer Aussage. Auf weitere Reugen zu dieser Angelegenheit wird verzichtet.

Der Gerichtspräsident verkündet, der Gerichtshof würde bis morgen über die Frage Seines an Hilger, ob er auch den Brull'schen Gewerksverein bekämpfe, beschließen.

Die Verhandlungen werden auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

8. Generalversammlung der Jularbeiter.

Dresden, den 8. Juni.

I. Sitzungssaal.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Dabei werden verschiedene Anträge neuge stellt und abgeändert und zu deren Sichtung eine Reaktionskommission eingesetzt. Uebrigens dreht sich die Debatte um interne Vereinsfragen, soweit sie von den betreffenden Vereinsführungen berührt werden. Von Dresden ist der Antrag gestellt, einen zweiten Beamten anzustellen, der besonders für die Agitation zur Verfügung stehen soll. Auch zur ausreichenden Pflege der Statistik sei eine weitere Kraft erwünscht. Der Vorstand hat es indes mit der Anstellung eines weiteren Beamten noch nicht so eilig. Es sei leider bisher von den Filialen in agitatorischer Hinsicht so gut wie nichts verlangt worden. Der Vorstand habe fortwährend schieben müssen, daß hier etwas gemacht werde. Unter diesen Umständen würde ein zweiter Beamter bloß auf dem Exodien sitzen, denn wenn er agitatorisch wirken soll, so müßten die Mitglieder selber erst etwas tun, damit man dann auch vom Vorstand aus mit Erfolg einsteigen könne. Ferner neigt man der Ansicht zu, daß es besser sei anstelle des Vereinsauschusses den Vereinsvorstand durch Vertreter zu stärken, die alle Funktionen des Ausschusses zu erledigen haben und darüber letzteren zu befehtigen. Ein dahingehender Antrag liegt vor, der vom Vorstand begrüßt wird. Man erwägt ferner, ob es angängig ist, den einwirkenden Agitationsbezirken einen bestimmten Prozentatz der Einnahmen, zur Agitation zur Verfügung zu stellen. Ebenso wird des längeren erörtert, wie die Filialleiter besser zu entschädigen seien. Ein Antrag geht dahin, für diese 5 Prozent von den Einnahmen, als Entschädigung auszuwerfen. Als Gründe werden angeführt, im wesentlichen, daß bei den verschiedenen Marken ein angemessenes Manageld für die Filialleiter unbedingt nötig sei, ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Kollegen in den größeren Städten oft größere Wohnungen wieten müßten, als sie eigentlich nötig hätten, um Raum zu gewinnen, für die Kollegen, die sie dort in großer Zahl in Vereinsangelegenheiten aussuchen, also einen Wohnungszuschuß sehr gut brauchen könnten. Die Debatte gestaltet sich nach und nach immer lebhafter. Es treten zwei Anschauungen gegen einander auf. Die eine glaubt, daß die alleseitig als nötig anerkannte Belegung der Agitation durch die Anstellung eines zweiten Beamten erreicht werde, während die andere Ansicht das gewünschte Resultat davon erhofft, daß das Geld, was die Reuanstellung erfordern würde, den zu schaffenden Agitationsbezirken zur Verfügung gestellt wird. Ein interessantes Argument für die Anstellung eines weiteren Beamten, der die Mitglieder zur Agitation drängen müsse, wird insofern angeführt, als ein Redner feststellt, daß der Verein, im Gegenteil zu den meisten anderen Verbänden, nicht wache, wenn der Geschäftsgang gut, sondern wenn er schlecht ist. Es liege das daran, daß der Verein ein ausgeprägtes Unterstützungssystem habe. Das beweise der Gedanke, daß die Kollegen nicht kommen, um mit Hilfe des Vereins eine Fehung ihrer Lage zu erlangen, sondern nur, um zur Zeit der Arbeitslosigkeit die Unterstützung für sich anzusuchen. Das sei ein Beweis dafür, daß die Mitglieder noch gar zu weit davon entfernt seien, die wichtigste Aufgabe des Vereins zu verstehen. Dieser Gedanke müßte nur beseitigt werden, wenn der Zentralpunkt des Vereins darauf gerichtet werde, daß von dort aus Mittel und Wege ausgesucht werden, die geeignet seien, den nötigen Umschwung herbeizuführen.

Verhandlungstag der Schuhmacher.

Offener, am zweiten Verhandlungstage, erstattete Markus-Koppel den Bericht der Verhandlungskommission, aus dem hervorgeht, daß 65 Delegierte anwesend sind. Ferner sind vertreten der Hauptvorstand Simon, Reus und Rille, der Ausschuß durch Haupt-Rogeburg, die Delegation des „Schuhmacher-Verbands“ durch D. G. G. G.

Der größte Teil der Sitzung wurde durch die am Schluß des ersten Verhandlungstages begonnene Diskussion über interne Vereinsangelegenheiten in Anspruch genommen. Dieser Punkt der Verhandlungen wurde schließlich durch Annahme einer Resolution erledigt.

Hierauf trat man in die Debatte über den Vorstandsbereich ein und trat noch nicht erledigten Teil des Ausschusses ein. Soweit die Geschäftsführung des Vorstandes kritisiert wurde, handelte es sich um Wünsche und Beschwerden nebensächlicher Art. Ein sibirischer Delegierter wünschte unter Hinweis auf die Ausprägung in Birmansens, daß mit der Kritik gebrochen werde, welche der Streik und Ausprägungen die Abreise der Arbeiter vom Streikort verlangt. Diese Kritik habe zur Folge, daß in der Nachbarschaft des Streikortes ein starker Zug von Arbeitern stattfinde, wodurch ein unangenehmer Einfluß auf den Arbeitsmarkt in dem vom Zug betoffenen Orten ausgeübt werde. Bei Gelegenheit der Ausprägung in Birmansens habe sich dieser Uebelstand in verschiedenen sächsischen Städten bemerkbar gemacht.

Im Laufe der Debatte ging ein Antrag ein, welcher verlangt, daß der erste Vorsitzende Simon wegen seiner ausgeprägten gesellschaftlichen Tätigkeit seine Kandidatur für die politische Partei annehmen dürfe. (Simon ist seit Jahren sozialdemokratischer Reichstagskandidat im Wahlkreis Sangerhausen.) Der Antrag fand keine Unterstützung und kam deshalb gar nicht zur Debatte.

Lokales und Provinzielles.

Dresden, den 9. Juni

Freie Turnerschaft. In der letzten Mitgliederversammlung fand zunächst die Erziehung eines Mitglieds in die Agitationskommission für Schlesien statt und ging aus derselben Turngenossenschaft hervor. Zu dem am Sonnabend den 13. August stattfindenden Sommerfestball mit turnerischen Aufführungen wird ein fünfjähriges Verhandlungskomitee gewählt. Da laut Bundesstatut-Beschluß der obligatorische Bezug der Arbeiter-Turnzeitung auch für die Agitation besteht, wi b beschließen, die Zeitung noch zu bestellen. Da die Neubildung des Reichs-Schlesien am letzten Freitagstag in Leipzig beschlossen worden ist, so soll bei der Bundesversammlung angefragt werden, wenn dieselbe abends hierzu einleitende Schritte vorzunehmen und soll, wenn möglich ein bestimmter Tag von derselben festgesetzt werden. Ferner wurde beschlossen, als Hauptpunkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung, welche am 5. Juli stattfindet, „Aenderung der Statuten“ zu legen. Anträge hierzu sind mindestens 8 Tage vorher dem Vorstand zu übergeben. Am Sonntag, den 12. Juni wird ein Turnausflug mit Damen nach Pohe stattfinden. Abmarsch 2 1/2 Uhr Nachmittag, Endstation der Elektrischen in Bismuthal (Südpart.) Freundinnen und Freunde der freien Turnsache sind eingeladen. Nachdem noch, nach lebhafter Debatte, verschiedene Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung mit einem allgemeinen Turnliede geschlossen.

Das Viktoriatheater ist gegenwärtig der Anziehungspunkt aller Freunde der Varietebühne, und in der Tat leistet die gegenwärtig beherrschende Berliner Künstlervereinigung „Klimperkasten“ ganz Lebens- und Hörensverthes. Ob wir einem Niederpiel, Chanton oder einer Agitation lauschen, nicht zwingen die Darsteller zum Beifall, der denn auch den einzelnen Mitgliedern des Künstlerkorps unterschiedslos in reichem Maße zu teil wird. Insbesondere aber ist es das am Schluß des Abends veranstaltete „Cabaret“, welches das Interesse aller Besucher wachruht. Das Cabaret ist das „Ueberritt“ in neuer und teilweise besserer Form. In der Reichshauptstadt hat sich daselbst bereits allgemein eingebürgert, die Fülle der Kleinstadt ist seine Aufgabe, der es nach Theaterstücken obliegt. Das Cabaret „Klimperkasten“ gehört zu den hervorragendsten der Reichshauptstadt und nach dem hier Gebotenen muß man Genugtuung über den Wandel der Ueberrittkunst empfinden.

Reiseveranstaltungen. Dienstag früh schlug in einem Kontor Weidenstraße 15 der Bureauambier Reich plötzlich mit einem kleinen Handteil auf seinen Kollegen Sattler ein und verletz ihm am Kopfe, an Armen und Schultern. Nach der Tat begab er sich in das nächste Kommissariat und ließ sich verhaften. Dem Verletzten wurde in der Unfallstation der Feuerwehr Hilfe geleistet.

Festgenommen wurde durch die Kriminalpolizei ein Schilbermalerlehrling, der in der Nacht zum 19. d. Mts. einen Einbruch in die Fabrik seines Meisters auf der Weidenstraße verübt hatte. Abends hatte er sich vom Pariser Garten aus in das Grundstück einmischlichen und sich bis zum Eintritt völliger Ruhe im Hausflur verborgen gehalten. Dann war er durch ein Fenster in die Werkstatt eingekriegen und hatte hier aus Rache gegen seinen Meister sämtliche Firnisbehälter umgeworfen. Im Kontor hatte er aus dem Schreibtisch sieben Mark und eine Menge Briefmarken entwendet.

Striegan, 8. Juni. Kartell-Bericht. Die Abrechnung des Kartells ergab eine Einnahme pro 1. Quartal von 35 91 Mk., Bestand vom 1. Quartal 1903 233.55 Mk. Summa 269.46 Mk. Demgegenüber betrug die Ausgabe von 27.45 Mk. im 1. Quartal, bleibt Bestand 241.01 Mk. Die Abrechnung von den Volks-Vorstellungen ergab ein Defizit von 63.80 Mk. Unter eingegangenen Schreiben befand sich unter anderem ein Unterstützungsgeld vom Zentralvorstande der Bergarbeiter, es wurden 10 Mk. bewilligt. Ein Schreiben von Genossen Weizwanger-Mittenberg, welcher sich dem Kartell erbot, einen Lichtbilder-Vortrag zu geben. Es wurde beschlossen, einen solchen im Monat Juli abzuhalten und mit Genossen Weizwanger bezweigen in Verbindung zu treten. Der Vortrag soll Sonntag stattfinden. Abgelehnt wurde ein Gesuch des Dörerbundes um Arrangierung einer Gemälde-Ausstellung. Zweck Gründung eines Turnvereins hatte sich das Kartell an die Leitung des Turnbundes gewandt und wurden von derselben Zeitungen, Broschüren und Flugblätter zur Agitation übersandt, welche durch die Delegierten verteilt wurden. Das geplante Gewerkschaftsfest findet Sonntag, den 12. Juni unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Vorwärts“ statt. Unentschuldig fehlte Krieger, Maurer.

Othlau, 7. Juni. Wahlverein. Am 5. Juni, Nachm. 3 Uhr tagte im Gasthof „Zum goldenen Baum“ (Baumgarten) eine Mitglieder-Verammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Othlau-Strehlen-Nimptsch mit folgender Tagesordnung: 1. Einleitung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verlesendens. Nach Erledigung des ersten Punktes gedachte Genosse Gewandte in warmen Worten des verstorbenen Genossen Wilhelm Wassner. Die Anwesenden erließen das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Genosse Müller teilte der Versammlung mit, daß die auswärtigen Genossen des Vereins nicht erscheinen konnten, weil sie selbst Versammlungen haben. Ferner wurden die Genossen wiederum ermahnt, den Gastwirt Gandel zu unterstützen, um uns das Lokal zu erhalten. Der Wirt gibt sich die größte Mühe uns ein gemüthliches Heim zu schaffen. Eine alle jeder seine Pflicht. Dann sprach Genosse Müller über die Gemeindegewalt in Baumgarten, ferner über den Nutzen der Arbeiterpresse. Redner erklärte, es sei die Pflicht jedes angeklart sein wollenden Arbeiters, die „Volks-wacht“ zu abonnieren. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Watzdorf, 8. Juni. Vom Ausstand der Maurer. Am 7. d. M. sollte eine Verhandlung der Maurer mit den Arbeitgebern stattfinden, Kollege Jänschke-Dresden war dazu beauftragt, für die Arbeitnehmer zu sprechen. Die Herren Unternehmer aber lehten es rundweg ab mit Rücksicht und dem Vorstande des Zweigvereins Rawitsch zu verhandeln, sie verlangten eine andere Lohnkommission, dann wollten sie verhandeln. Die bisherige Kommission berichtete über das Vorgefallene in einer öffentlichen Versammlung. Um den Arbeitgebern auch den letzten Vorwand zu nehmen, wurde beschlossen, eine neue Kommission zu wählen. An den alten Bedingungen soll aber festgehalten werden. Drei Unternehmer haben die Forderungen bewilligt. Von den ursprünglich 12 Arbeitswilligen sind nur noch 7 vorhanden. Fünf haben sich den Streikenden angeschlossen.